

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des 11. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Schwerin vom 2. bis 4. Juni 2013

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt der vom 11. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 4. Juni 2013 verabschiedeten Resolution (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen des Parlamentsforums Südliche Ostsee weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Empfehlungen vorzulegen.
3. Der Landtag stellt fest, dass sich zwischenzeitlich zu einem Teil der Forderungen des Parlamentsforums der Europäische Rat, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission in Trilogverhandlungen über die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für die nächste Förderperiode 2014 - 2020 geeinigt haben, worüber die EU-Kommission den Landtag schriftlich unterrichtet hat. Danach sollen Maßnahmen, die nachhaltigen Tourismus, Kultur und das Naturerbe fördern, Bestandteil einer territorialen Strategie für bestimmte Gebiete sein können. Tourismus ist demnach kein eigentliches thematisches Ziel, sondern eine Maßnahme, die gefördert werden kann, vorausgesetzt, dass diese zu Zielen wie der Schaffung von Arbeitsplätzen, sozialer Inklusion oder Innovation beiträgt.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution des 11. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Feststellungen und Forderungen einzusetzen und diese umzusetzen sowie den Landtag im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung über die diesbezügliche Entwicklung im Ostseeraum, insbesondere auch über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmvorschläge im Land zu unterrichten.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

Vom 2. bis 4. Juni 2013 fand das 11. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Schwerin statt. Delegierte der Länderparlamente aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, der polnischen Sejmiks aus Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie die Kaliningrader Gebietsduma der Russischen Föderation beteiligten sich an der Konferenz. Des Weiteren waren als assoziierter Partner Delegierte des Regionalrates Schonen einbezogen. Darüber hinaus hat der Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz, eine Rede zur Zukunft Europas im 21. Jahrhundert gehalten und mit den Konferenzteilnehmern sowie Studierenden, Schülerinnen und Schülern aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern diskutiert.

Inhaltliche Schwerpunkte des 11. Parlamentsforums Südliche Ostsee waren die Themenkomplexe „Energie“, „Tourismus“ und „Integrierte Meerespolitik“. Rund 90 Parlamentarier, Sachverständige und Verwaltungsmitarbeiter aus Deutschland, Polen, Russland und Schweden berieten über diese für alle beteiligten Regionen relevanten Themen. Außerdem wurden die Themen „Jugend im Landtag“ sowie „Kultur“ beraten.

Mit der Resolution wurden Ergebnisse und Handlungsbedarfe für die Regionalentwicklung in der südlichen Ostsee zu den vorbezeichneten Themen formuliert. Dabei standen die Identifikation gemeinsamer Interessen und die Definition daraus abzuleitender Konsequenzen in den Schwerpunktbereichen im Mittelpunkt (vgl. Teil I bis Teil III der Resolution). Im Bereich der Erneuerbaren Energien und dem Ausbau der Energieinfrastruktur (Teil I der Resolution) wurden außerdem eine Reihe von Appellen an die Regierungen auf regionaler und nationaler Ebene sowie an die Europäische Kommission formuliert. Hierbei wurde auch auf die Resolution des 10. Parlamentsforums Bezug genommen. Im Tourismusbereich (vgl. Teil II der Resolution) sind nicht nur Appelle an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union, sondern unter Bezugnahme auf die Resolution des 5. Ostsee-Tourismusforums auch an die Regierungen der Ostseeanreinerstaaten formuliert worden. Zum Themenkomplex „Integrierte Meerespolitik“ (vgl. Teil III der Resolution) fand eine Positionierung zur integrierten Meerespolitik auf Europäischer Ebene statt. Darüber hinaus wurden in Teil IV der Resolution das Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten, die Durchführung eines jährlichen Ostseejugendforums sowie die Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ behandelt. Auf das Thema Kultur und kulturelle Identität wurde in einem weiteren Abschnitt eingegangen (vgl. Teil V der Resolution).

Ihre Forderungen in Bezug auf die EU-Strukturpolitik für die Förderperiode 2014 - 2020 haben die Delegationsleitungen außerdem in gemeinsamen Briefen an den Kommissionspräsidenten der Europäischen Union sowie an die Präsidenten des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments formuliert.

Insgesamt wurden die in der Resolution des 11. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Empfehlungen anhand von Beiträgen aus den Partnerparlamenten und anhand von Vorträgen im Rahmen von Podiumsdiskussionen in den Schwerpunktbereichen des Parlamentsforums ausgearbeitet, in denen Sachverständige und Experten aus den Regionen und der Europäischen Union zu den Themenkomplexen berieten.

Eine vorbereitende Arbeitsgruppensitzung des Parlamentsforums Südliche Ostsee, in deren Mittelpunkt die Erarbeitung der Resolution stand, fand am 14. und 15. März 2013 in Stettin statt. Eine weitere Arbeitsgruppensitzung fand am 16. und 17. Mai 2013 im Landtag Schleswig-Holstein in Kiel statt.

Ausrichter und Gastgeber des 12. Parlamentsforums wird die Kaliningrader Gebietsduma sein.

Die aus der Anlage ersichtliche Resolution hat das Forum einstimmig angenommen.

Konferenzablauf

I. Grußworte der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten

In ihrer Begrüßungsansprache wies Frau **Sylvia Bretschneider (Mecklenburg-Vorpommern, Präsidentin des Landtages)** unter anderem darauf hin, dass die im Rahmen des 10. Parlamentsforums in Kiel formulierte Vision für das Parlamentsforum im Jahr 2020 weiter konkretisiert werden solle. Aus diesem Grund seien die drei Themenschwerpunkte Erneuerbare Energien, Tourismus und integrierte Meerespolitik gewählt worden. Zusätzlich würden die Bereiche Jugend im Ostseeraum und Kultur diskutiert. Die Steigerung der Jugenderwerbstätigkeit, der Mobilität und Qualität der beruflichen und universitären Ausbildung und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses seien große Herausforderungen.

Herr **Jerzy Kotłęga (Westpommern, Vizepräsident des Semjik)** erläuterte insbesondere, dass die erneuerbaren Energien eine Schlüsselrolle für alle Regionen der südlichen Ostsee spielten. Derzeit finde ein grenzüberschreitendes deutsch-polnisches Projekt zwischen zwei Gemeinden in der Woiwodschaft Westpommern und in Mecklenburg-Vorpommern statt, die zu Bioenergiegemeinden umgestaltet würden. Dieses Konzept sei für Polen neu und einzigartig. Lang anhaltende Energienutzung sei eine Priorität der Woiwodschaft Westpommern.

Herr **Bernd Voß (Schleswig-Holstein, Mitglied des Landtages)** betonte, auf lange Sicht müsse auf die weichen Standortfaktoren gesetzt werden, denn selbst wenn Wirtschaftssektoren ins Wanken gerieten und Strukturen wegbrächen, blieben Werte erhalten. Kulturelle Vielfalt müsse zu einem unverzichtbaren Teil des Wertekanons werden. Polen und Schleswig-Holstein hätten sich lange gemeinsam dafür eingesetzt, dass die Priorität Kultur Teil der EU-Ostseestrategie werde und hätten die Verantwortung für die Umsetzung der Zusammenarbeit im Kulturbereich übernommen. Toleranz und Akzeptanz der kulturellen Vielfalt seien der Schlüssel zur Konfliktprävention und Friedenssicherung. Insbesondere die Verknüpfung von Kultur, Tourismus und dem maritimen Sektor bringe Potenziale für die Regionen der südlichen Ostsee.

Herr **Marek Biernacki (Pommern, Vizevorsitzender des Sejmik)** erläuterte, drei der Fachprogramme der Entwicklungsstrategie Pommern 2020 entsprächen den Schwerpunkten des 11. Parlamentsforums. Im Bereich erneuerbare Energien und Energiesicherheit stehe der Ausbau der Energienetze im Fokus. Solange es noch keine effizienten Speichermethoden gebe, seien ein intelligentes Stromnetz und moderne leistungsfähige Verbindungen wichtig. Die erneuerbaren Energien hätten großes wirtschaftliches Potenzial, insbesondere als Mittel gegen die Erwerbslosigkeit. Ein weiteres Problem sei die Energiespeicherung. Im Bereich Tourismus würde der Aufbau eines gemeinsamen Netzwerkes von touristischen Routen, Marinas und Anlegestellen begrüßt. Tourismus müsse auch in der kommenden Förderperiode förderfähig sein. Neben der Schiffssicherheit und den Umweltgefahren sei im Bereich der maritimen Politik das größte Problem der Niedergang wichtiger maritimer Wirtschaftszweige, wie der Werftenindustrie und der Fischerei. Eigene Flaggen sollten unterstützt werden.

Herr **Alexander Musevich (Kaliningrad, Mitglied der Gebietsduma)** betonte, obwohl die Diskussion im Parlamentsforum vor allem auf die Europäische Union ausgerichtet sei, würden gemeinsame Punkte herausgearbeitet werden können, wie zum Beispiel das Thema Tourismus. Er bat um Unterstützung bei den Visa-Entscheidungen. Er schlug vor, gemeinsame touristische Routen auszuarbeiten. Die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2018 liefere wichtige Impulse für die Entwicklung des Fremdenverkehrs. Er würde sich hierzu über einen Erfahrungsaustausch freuen. Die Region werde mit einem Fachkräftedefizit konfrontiert, was ein weiteres mögliches Thema des Parlamentsforums sei. Im Jahre 2011 habe das Gebiet Kaliningrad die eigenen Energiebedarfe zum ersten Mal selbst gedeckt. Im Bereich der erneuerbaren Energien gebe es noch viel zu tun. Er regte eine Ausstellung zu diesem Thema im Rahmen des Parlamentsforum 2014 an, zu dem er die Gebietsduma nach Kaliningrad einlade. Des Weiteren sei das Thema Küstenschutz für das Gebiet Kaliningrad von Bedeutung.

Herr **Dr. Sven Tode (Hamburg, Mitglied der Bürgerschaft)** führte aus, Versorgungssicherheit mit Energie sei eine grundsätzliche Aufgabe, der sich alle stellen müssten. Hamburg habe sich frühzeitig um Versorgungssicherheit bemüht. Er machte auf „Cool Bricks“ aufmerksam, ein gemeinsames ostseeübergreifendes Jugendprojekt, welches ein sehr gutes Beispiel für Jugendarbeit im Ostseeraum sei. Im Bereich Tourismus begrüße Hamburg die grenzüberschreitende Berufsausbildung, die Anerkennung verschiedener Berufsabschlüsse sowie die grenzüberschreitende Berufsausbildung. Die maritime Wirtschaft habe für Hamburg als Standort des zweitgrößten Hafens in Europa eine besondere Bedeutung. Hamburg sei besonders erfreut über den Erhalt des Ostseesekretariats für Jugendangelegenheiten. Eine langfristige Sicherung sei wünschenswert. Er hat außerdem die Einladung zum Parlamentsforum 2015 nach Hamburg überbracht.

Herr **Julian Osiecki (Ermland-Masuren, Vorsitzender des Sejmik)** erklärte, die Themen des Parlamentsforums seien ein wichtiger Beitrag dazu, wie die Strategie der Europäischen Union mit der Ostseestrategie in Verbindung gebracht werden könne. Er bot der Kalininger Oblast an, ein Vorbereitungstreffen 2014 in Ermland-Masuren zu veranstalten. Des Weiteren erklärte er sich dazu bereit, nach Kaliningrad und Hamburg das Parlamentsforum in Ermland-Masuren auszurichten.

Frau **Annika Annerby-Jansson (Schonen, Vorsitzende des Regionalrates)** hob hervor, Schonen habe das Ziel, bis zum Jahr 2020 nicht mehr von fossilen Rohstoffen abhängig zu sein. Alle Busse sollten mit Biogas angetrieben werden, die Energieversorgung von Krankenhäusern und öffentlichen Gebäuden klimaneutral erfolgen. Ein bedeutender Anteil der Energie solle aus der Windenergie stammen. Derzeit würden Biogasstrukturen aufgebaut und ersten Schritte zur Errichtung einer Wasserstoffinfrastruktur in Angriff genommen. Im Bereich Tourismus gebe es eine umfassende Zusammenarbeit mit den Gemeinden und regionalen Tourismusverbänden. Wichtig sei dabei die nachhaltige Entwicklung. Was das blaue Wachstum betreffe, seien Themen wie die Eutrophierung von Meeren oder die Schaffung von Arbeitsplätzen identifiziert. Die Entwicklung handwerklicher Fischerei und des nachhaltigen Wasser- und Meerestourismus werde unterstützt. Schonen bemühe sich, die integrierte Küstenpolitik weiter voranzutreiben. Die Innovationsstrategie von Schonen gehöre zu den wichtigen politischen Zielen.

II. Aktivitäten und Herausforderungen von HELCOM

Frau **Monika Stankiewicz (HELCOM Geschäftsführerin)** erläuterte die Strategie von HELCOM zur Verbesserung des Zustands der Ostsee. Der Aktionsplan von HELCOM werde auch mit der Ostseestrategie umgesetzt. Darüber hinaus seien die Richtlinie zum Schutz von Meeresgewässern, die Gemeinschaftspolitiken und die gemeinsame Fischereipolitik Instrumente zur Förderung des blauen Wachstums von besonderer Bedeutung. Eine nachhaltige Entwicklung der Ostsee setze gemeinsame Aktivitäten und Handlungen voraus. Die integrierte Meerespolitik müsse sich auch in die Raumplanung auf Meeresgebiete einordnen. Hierzu erstelle die VASAB, die Organisation der Raumordnungsminister im Ostseeraum, eine Roadmap. Das Hauptproblem der Ostsee sei die Eutrophierung. Die hierzu bereits beschlossenen Aktivitäten sollten weiter fortgeführt werden.

III. Erneuerbare Energien/Energieinfrastruktur

Frau **Johanna Schmidt** (Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland, Berlin) sprach zur Europäischen Energiepolitik in Vertretung für den Kommissar für Energiepolitik bei der Europäischen Kommission in Brüssel, Günther Oettinger.

Der EU-Gipfel am 22. Mai habe die hohe Bedeutung der EU-Energiepolitik hervorgehoben. Dort sei die Schlussfolgerung getroffen worden, die Weiterentwicklung des Energiebereichs durch einen wettbewerbsfähigen Binnenmarkt zu fördern. Dafür sollte die Erhöhung der Energieeffizienz, der Ausbau der Netze und anderer Infrastrukturen, die Diversifizierung von Ressourcen intern und die Erschließung neuer Förderländer und Lieferkorridore erfolgen.

Bei der Marktintegration erneuerbarer Energien sei Wettbewerb ebenso von großer Bedeutung. Zwar könne ein Anstieg von 25 Prozent bei erneuerbaren Energien im ersten Halbjahr 2012 verzeichnet werden, jedoch sei dieser Zuwachs allein auf Fördersysteme zurückzuführen. Die Förderung eines glaubhaften ETS (Immissionshandelspreis) könne dabei für eine kostengünstige Versorgung der Bürger sorgen.

Bei den Bemühungen der EU um den Netzausbau stünden die Erhöhung der Anteile an erneuerbaren Energien, die Bereitstellung einer besseren Energieinfrastruktur sowie die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen im Vordergrund. Besonders die Entwicklung der Erzeugungsstruktur müsse aber mit der Netzausbauplanung enger verzahnt werden. Man stehe bereits vor dem Problem, das steigende Angebot an Windstrom in Mecklenburg-Vorpommern schon heute nicht mehr dauerhaft absetzen zu können. Der Ausbau der Nord-Süd-Verbindungen in Deutschland sei darum eine Grundvoraussetzung für die europäische Netzanbindung der Erneuerbaren in Ost- und Nordsee.

Abschließend lud Frau Schmidt die Anwesenden ein, sich am Konsultationsprozess des Ende März vorgelegten Grünbuchs zur Energiepolitik nach 2020 zu beteiligen. Das Grünbuch, welches den Politikrahmen für die Energiepolitik bis 2030 festlege, müsse Fortschritte in Bezug auf Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen.

Herr **Rudolf Borchert** (Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzender des Energieausschusses) trug zur Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern vor.

Diese umfasse nicht allein den Ausstieg aus der Kernenergie, sondern auch die Umstellung des Energiesystems von Zentralität auf Dezentralität, die Umstellung von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energieträger sowie Energieeffizienz, Energieeinsparung und CO²-Reduzierung. In diesem Bezugsrahmen schilderte Herr Borchert den Stand der Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern. Die Bedarfsdeckung von Strom durch erneuerbare Energien liege im Land rechnerisch bei 92 Prozent. Das Ziel sei es, den Strombedarf vollständig mit erneuerbaren Energien zu decken. Im Ausbau des erneuerbaren-Energie-Sektors lägen auch Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Man rechne in der Zukunft mit über einer halben Million Menschen, die indirekt oder direkt in diesem Bereich angestellt seien. Ausbaupotenzial gebe es auch bei der Bürgerbeteiligung der Energieerzeugung, so könnten die Kommunen auch unmittelbar von der der Energiewende wirtschaftlich profitieren. In der Landesregierung gebe es Konsens, dass die Energiewende für das Land eine historische Chance sei, darum werde ein Landesenergiekonzept auf den Weg gebracht, das die Rahmenbedingungen bis 2030, 2040 aufstellen solle.

Herr **Tadeusz Żurek** (Abteilung für wirtschaftliche Entwicklung, Marschallamt der Woiwodschaft Pommern) sprach zur Energiepolitik in der Woiwodschaft Pommern. Priorität habe in der Energiepolitik Pommerns die Energieversorgungssicherheit sowie die Energieeffizienz. Die Entwicklung einer emissionsarmen Energieversorgungswirtschaft mit der erforderlichen Infrastruktur sowie die Diversifizierung von Brennstoffen und Energierohstoffen sei der Weg zur Umsetzung dieser Ziele. Konkret strebe man Maßnahmen zur Weiterentwicklung von Mikrostrom-Wärme-Kopplungstechniken sowie den Ausbau von Biogasanlagen an. Zur Verbesserung der Energieeffizienz lege Pommern seinen Fokus auf Thermomodernisierungen von Gebäuden. Diese Maßnahmen müssten aber auch mit der Förderung und Ausbildung von Fachkräften im Bereich der Energieversorgung einhergehen.

Frau **Dr. Monika Schaal** (Hamburgischen Bürgerschaft) sprach zur Energieversorgung der Metropolregion Hamburg. Hamburg als Stadtstaat könne sich nicht energetisch selbstversorgen, um den hohen Energiebedarf der Stadt zu decken, darum sei die Versorgung durch die anliegenden Küstenbundesländer notwendig.

Voraussetzung dafür sei die effiziente Vernetzung der On- und Offshore-Anlagen mit dem Binnenland. Um die Verteilnetze weiter auszubauen, beteilige sich Hamburg an den Netzgesellschaften für Strom, Gas und Fernwärmenetze mit 25,1 Prozent und verpflichte die Energieversorger EON und Vattenfall zu Investitionen in die Energieinfrastruktur im Wert von 1,6 Milliarden Euro.

Für die Umsetzung der Energiewende investiere die Stadt auch in Bildung und Forschung, damit sei Hamburg ein beliebter Standort für Unternehmen der erneuerbaren Energie. Zusätzlich baue die Hansestadt ein Technologiezentrum Energie-Campus Hamburg, dessen Bauherr und Betreiber die Hochschule für angewandte Wissenschaften sei. Gleichzeitig sei es erforderlich, auch bei der Bevölkerung das Bewusstsein für Energieeffizienz zu stärken. Hamburg habe eine Reihe von Initiativen gegründet, um Bürger und Bürgerinnen für dieses Thema zu sensibilisieren. Durch die Möglichkeit für die Bevölkerung, sich bei großen Solarstromanlagen durch Anleihekäufe zu beteiligen, könne beispielsweise die öffentliche Wahrnehmung von erneuerbaren Energien gestärkt werden.

Herr **Dipl.-Wirtsch.-Ing. Sönke Bohm** (Universität Flensburg) stellte in seinem Vortrag die Frage, ob eine hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien möglich sei.

Bis 2020 müssten die Treibhausemissionen der Industriestaaten für die Erreichung des 2-Grad-Ziels um 80 bis 95 Prozent gesenkt werden, für den Strombereich bedeute dies eine Reduktion um nahezu 100 Prozent. Eine Option für die Senkung der Emissionen sei die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien bei der Stromversorgung. Um die Möglichkeiten einer Vollversorgung durch erneuerbare Energien auszuloten sei ein computerbasiertes Modell entworfen worden. In der Simulation habe man feststellen können, dass vollständige auf erneuerbaren Energien basierende Stromversorgung Deutschlands zu jeder Stunde des Jahres möglich sei. Dafür müsse der adäquate Netz- und Speicherausbau für Versorgungssicherheit gewährleistet sowie der kontinuierliche Ausbau von erneuerbaren Energien fortgesetzt werden.

Herr **Dr.-Ing. Carsten Reincke-Collon** (Younicos AG Berlin) sprach zum Thema Kurzzeitspeicher. Mit einem wachsenden Anteil von erneuerbaren Energien würden die Systemverhältnisse zunehmend instabil und damit steige die Chance eines Blackouts. Dieses Problem sei den bestehenden Netzinfrastrukturen und auch den Regelungskonzepten immanent, da das existierende Verbundnetz nicht auf hohe Anteile fluktuierender Erzeugung ausgelegt sei. Bestehende mit fossilen Rohstoffen betriebene Kraftwerke könnten nicht mit beliebig kleiner Leistung betrieben werden, es müsse mindestens mit 50 Prozent der Nennleistung gefahren werden. Unter diesen Voraussetzungen könne nicht auf Fluktuationen im Bedarf reagiert werden. Mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien sei demnach eine flexible Netzinfrastruktur aus Infrastrukturkomponenten nötig, die Leistung bereitstelle, wenn sie gebraucht werde. Für diese Aufgabe seien Kurzzeitspeicher in Form von Batteriekraftwerken ideal, sie könnten sowohl Leistung aufnehmen als auch abgeben und damit in sehr kurzer Zeit sehr flexibel auf Netzfluktuationen reagieren und noch weitere wertvolle Systemdienstleistungen bereitstellen. Damit werde ein wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit geleistet.

Herr **Rudolf Borchert** unterstrich, dass die Energiewende nicht allein lokal umgesetzt werden könne, sondern es ebenso globaler Maßnahmen bedürfe. Er hob erneut die wirtschaftlichen Chancen für Mecklenburg-Vorpommern bei der Umstellung auf erneuerbare Energie hervor. Besonders die Dünnbesiedelung des Landes und die Verfügbarkeit von Ackerfläche seien ein Vorteil für die Region bei der Energiewende.

Herr **Tadeusz Żurek** betonte die Bedeutung von Gebäudethermosanierungen in Pommern zur Einsparung von Energie. Bis heute sei beim Neubau von Gebäuden in Polen eine Nutzungsenergie von 90 bis 110 Kilowattstunden pro Jahr pro Quadratmeter zulässig, dort gebe es Einsparungspotenziale.

Frau **Dr. Monika Schaal** erläuterte die Auswirkungen der Energiewende auf Hamburg, vor allem in Hinblick auf die Abschaltung der umliegenden Atomkraftwerke. Hamburg sei der Beweis, dass auch ohne Atomkraft Energiesicherheit gewährleistet werden könne. Zur Einsparung von CO₂ werde auch über die Stromversorgung hinaus in Hamburg nachgedacht. Der Anteil an Elektromobilität in der Stadt wachse, aber auch der Hamburger Hafen treffe Maßnahmen zur Einsparung von CO₂. So müssten Kreuzfahrtschiffe Landstrom beim Anlegen beziehen und die Stromversorgung nicht länger mit Dieselaggregaten aufrechterhalten.

Herr **Sönke Bohm** führte aus, dass neben einem Wettbewerb bei der Strompreisbildung ebenso öffentliche Aufklärung von Bedeutung sei, um Akzeptanz für die Energiewende bei der Bevölkerung zu schaffen.

Herr **Rudolf Borchert** bekräftigte dies und ergänzte, dass Transparenz sowie Bürgerbeteiligung bei der Energiewende sehr wichtig seien. Es müsse für Kommunen möglich sein, Anteile von Windparks zu erwerben. Jedoch müsse auch über finanzielle Risiken aufgeklärt werden.

Herr **Tadeusz Żurek** schilderte den Widerstand der Bevölkerung in Polen beim Neubau von Windkraftanlagen. Er pflichtet Herrn Borchert bei, dass es mehr Aufklärung bedürfe. In diesem Zusammenhang organisiere die Woiwodschaft Workshops für die Bevölkerung, die für eine höhere Akzeptanz von erneuerbaren Energien werben.

Herr **Dr.-Ing. Carsten Reincke-Collon** machte deutlich, dass er die Aussichten für den Fortschritt bei der Energiewende positiv bewerte. Marktwirtschaftliche Prinzipien seien für den Erfolg allerdings maßgeblich. Das EEG stehe in seiner jetzigen Form dem Fortschritt entgegen, da die Festschreibungen von Einspeisetarifen von über 20 Jahren marktwirtschaftliche Mechanismen außer Kraft setzten. Die aktuelle Infrastruktur sei von wenigen Interessenvertretern dominiert, die dezentrale Erzeugungsstruktur mit einer flexiblen Infrastruktur nicht zulassen würden.

Herr **Dipl.-Wirtsch.-Ing. Sönke Bohm** ergänzte, dass er die Möglichkeit sehe, bis 2030 bereits eine Vollversorgung durch erneuerbare Energien zu erreichen. Speicherlösungen spielten dabei eine wesentliche Rolle.

Frau **Dr. Monika Schaal** nahm Bezug auf das EEG und stimmte zu, dass neue Regelungen für die Abnahme von Energie aus Speichern getroffen werden müssten. Ebenso müsse die Erforschung von Speicherlösungen und erneuerbaren Energiequellen weiter gefördert werden. Bürgerbeteiligung an den städtischen Energienetzen sei ein weiteres Thema, dass in Hamburg diskutiert werde.

Herr **Rudolf Borchert** zweifelte, ob man mit rein marktwirtschaftlichen Mechanismen die Energiewende wirklich zum Erfolg führen könne. Politische Förderanreize seien notwendig, um moderne, notwendige, aktuelle Entwicklungen voranzutreiben, darum sei ein gesunder Mix von öffentlichen Förderanreizen und funktionierenden Marktmechanismen beim zukünftigen EEG wünschenswert.

Herr **Tadeusz Żurek** verwies auf einen Energiemix als beste Lösung für eine nachhaltige Energieversorgung für die Zukunft.

IV. Tourismus

Herr **Michael Deckert (dwif-Consulting GmbH, Berlin)** sprach über die Chancen für den Tourismus in der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 und die Erkenntnisse aus dem aktuellen Sparkassen-Tourismusbarometer Ostdeutschland.

Die EU strebe an, weltweit Tourismusdestination Nummer eins zu werden. Die Europäische Kommission und die European Travel Commission hätten 2011 eine entsprechende Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. In der aktuellen Förderperiode seien in der Region der südlichen Ostsee zwei verschiedene Förderkategorien vertreten: Konvergenzregionen und Wettbewerbs- und Beschäftigungsregionen. Die Konvergenzregionen seien die Höchstfördergebiete. Zu ihnen gehörten die polnischen Regionen und Mecklenburg-Vorpommern. Zu den sog. Wettbewerbs- und Beschäftigungsregionen mit deutlich weniger Mitteln gehörten Schleswig-Holstein, Hamburg oder Südschweden. In der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 gebe es eine Änderung: Mecklenburg-Vorpommern werde, da es sich gut entwickelt habe, zukünftig als „Übergangsregion“ eingestuft werden, mithin als Region, die ein Bruttoinlandsprodukte (BIP) pro Kopf habe, das zwischen 75 und 90 Prozent des europäischen Durchschnitts liege. Für die Übergangskategorie werde ein Sicherheitsnetz vorgesehen, das sicherstelle, dass mindestens 60 Prozent des bisherigen Fördermittelvolumens beibehalten werde.

Über allen inhaltlichen Vorgaben stehe die Wachstumsstrategie Europa 2020. Diese Wachstumsstrategie sei auf 10 Jahre angelegt und lasse sich in drei Einzelbegriffe aufteilen: intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Intelligentes Wachstum bedeute Impulse für Bildung, für Forschung, Innovation, digitale Gesellschaft. Nachhaltiges Wachstum sei eine Wirtschaft, die wettbewerbsfähiger ist, die emissionsarm sei, Stichworte seien hier: Ressourceneffizienz, Umweltschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt, Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU). Integratives Wachstum heiße mehr und bessere Arbeitsplätze, Investitionen in Kompetenzen, Investitionen in Bildung und Arbeitsmarktsysteme.

Es seien insgesamt elf thematische Investitionsprioritäten definiert worden, von denen drei die südliche Ostsee betreffen. Diese drei Investitionsprioritäten seien: Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie Forschung und Innovation. Die stärker entwickelten Regionen und Übergangsregionen müssten danach mindestens 80 Prozent und die weniger entwickelten Regionen mindestens 50 Prozent ihrer Mittel auf diese drei Investitionsprioritäten konzentrieren.

Die INTERREG-Programme würden sich aller Voraussicht in Zukunft nicht ändern. Die Förderschwerpunkte des Ostseeprogramms würden weiterhin auf Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, auf Umweltschutz, Ressourceneffizienz und nachhaltigem Transport liegen. Der Tourismus werde nicht ausdrücklich benannt.

Die Planungen beim Programm südliche Ostsee seien zwar noch nicht abgeschlossen, jedoch sei Tourismus ein zentraler Wirtschaftsfaktor im Bereich der südlichen Ostsee. Deswegen könne man davon ausgehen, dass auch zukünftig der Tourismus bei den Fördermitteln eine große Bedeutung haben werde.

Herr Deckert schilderte die drei großen Investitionsprioritäten aus Sicht der Tourismusbranche:

Bei der Wettbewerbsfähigkeit von KMU seien neue Geschäftsmodelle und insbesondere die Internationalisierung durch die Erschließung ausländischer Quellenmärkte, auch durch mehrsprachige Broschüren und mehrsprachige Beschilderung zu nennen. Schleswig-Holstein habe für die zukünftige Tourismusförderung unter diesem Titel Bedarf angemeldet.

Zur Energieeffizienz und zu den erneuerbaren Energien hätten Studien aus dem Jahre 2010 gezeigt, dass 33 Mio. Deutsche zumindest potenziell an einem nachhaltigen Urlaub innerhalb Deutschlands interessiert seien und auch dafür bereit seien, mehr Geld auszugeben. Ca. 64 Prozent der Freizeiteinrichtungen und 50 Prozent der gastgewerblichen Betriebe in Ostdeutschland hätten bestätigt, dass Nachhaltigkeit für ihren Betrieb von hoher Bedeutung sei. Hier sei finanzielle Unterstützung sehr wichtig, auch um administrative Hürden abzubauen oder Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Aus Sicht der einzelnen Betriebe sei eine gewisse Sensibilisierung erforderlich. Es müssten auch die touristischen Akteure dafür sensibilisiert werden, dass sich Investitionen in Nachhaltigkeit auch ökonomisch rechnen. Zusätzlich werde fachliche Unterstützung bei der Investition in diesem Bereich gewünscht.

Ein positives Beispiel aus der Region südliche Ostsee sei ein Biohotel in Mecklenburg-Vorpommern, das sich bewusst dem Thema Klimafreundlichkeit verschrieben habe. Man heize mit Erdwärme und mit Abluftwärmerückgewinnung. Das Hotel entspreche dem aktuellen Energieeffizienzstandard. Es beziehe zu 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien und verwende Energiesparlampen. Diesjähriger Gewinner beim Bundeswettbewerb nachhaltige Tourismusregion sei die Uckermark in Brandenburg. Der Kern dieses Projektes sei es, ein Netzwerk von Akteuren zu schaffen, die sich dem Klima- und Umweltschutz widmen.

Bei der Forschung und Innovation stehe die Frage im Vordergrund, was der Kunde als Innovation wahrnehme. Landläufig werde Innovation nicht mit dem Tourismus und auch nicht unbedingt mit Dienstleistung assoziiert. Man könne hier unter Innovation die Weiterentwicklung oder die Anpassung an bestimmte Trends verstehen. Die Innovationsfähigkeit der Tourismusbranche könne weiter gestärkt werden. Es seien nur ganzheitliche Innovationsoffensiven erfolgversprechend. Diese müssten von der fachlichen Unterstützung bei Innovationen über finanzielle Unterstützung und Sensibilisierung für den Bereich reichen. Ein schönes Beispiel gebe es hier in Sachsen. Der sächsische Landestourismusverband strebe momentan an, Innovationen im Tourismusbereich zu stärken. Titel des Vorhabens sei die „Große Ideenreise“. Hier werde an der Entmystifizierung des Begriffs gearbeitet, da man nicht von Innovation spreche, sondern von Ideen. Es gehe bewusst darum, umsetzungsfähige Ideen zu suchen.

Der erfolgreichste Weg könne nur sein, die drei Investitionsprioritäten, Wettbewerbsfähigkeiten von KMUs, Energieeffizienz und erneuerbare Energien und Forschung und Innovation in einer gemeinsamen Strategie zu verknüpfen. Brandenburg gehe so im sog. Cluster-Management Tourismus Brandenburg vor. Adressaten seien die Brandenburgischen Tourismusbetriebe. Ziel sei es, einen Technologietransfer, ein Know-how-Transfer von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und anderen innovativen Quellen in Betriebe zu schaffen, um die Nachhaltigkeit und Innovation in den brandenburgischen Tourismusbetrieben zu stärken. Dafür gebe es zwei eigens eingestellte Cluster-Manager, die sich in den nächsten zwei Jahren darum kümmern, diese Verbindung zu schaffen und zu forcieren.

Damit der Tourismus die Chancen der neuen Förderperiode nutzen könne, sei es wichtig, auf den Tourismus abgestimmte Nachhaltigkeits- und Innovationsstrategien zu schaffen und zu nutzen. In die zurzeit erarbeiteten operationellen Programme solle der Tourismus Eingang finden. Eine ressortübergreifende Förderung sei wichtig. Bei der touristischen Infrastruktur werde es in der kommenden Förderperiode schwieriger. Diese solle nach Möglichkeit mit einer oder mehrerer der drei Investitionsprioritäten verknüpft werden.

Im Ostseeraum und im Raum der südlichen Ostsee - insbesondere das Programm südliche Ostsee - stimme zuversichtlich, dass der Tourismus auch zukünftig gefördert werden könne. Für den ländlichen Raum gebe es Förderungsmöglichkeiten über den Landwirtschaftsfond ELER, der ausdrücklich auch Investitionen in touristische Infrastruktur ermöglichen werde. Langfristig solle man jedoch versuchen, unabhängiger von den europäischen Fördermitteln zu werden, weil diese aller Voraussicht nach nicht steigen würden und eine zu große Abhängigkeit bedenklich sei. Ab Ende Juni werde voraussichtlich der aktuelle Jahresbericht des Sparkassen-Tourismusbarometers Ostdeutschland erscheinen, in dem Details zu den Befragungsergebnissen und aktuellen Planungen enthalten sein.

Frau Marta Chelkowska (Direktorin der Abteilung Tourismus im Marschallamt der Woiwodschaft Pommern) sprach über mögliche grenzüberschreitende Kooperationsformen im Tourismusbereich in der südlichen Ostsee, insbesondere am Beispiel „Enjoy South Baltic“.

Die Ostseeregion könne eine wettbewerbsfähige Destination sein, nicht nur im europäischen, sondern auch im globalen Maßstab. Besonderheiten der Ostseeregion seien die Biodiversität, kulturelle Vielfalt und Natur.

In der Woiwodschaft Pommern gebe es im Tourismusbereich ca. 25.000 Beschäftigte, eine ähnliche Anzahl arbeite in verwandten und unterstützenden Branchen. Meistens seien es kleine und mittlere Betriebe, die touristische Produkte produzierten. In der Ostseeregion gebe es insgesamt neun Staaten mit 100 Mio. Einwohnern. Die Ostseeregion sei bereits verkehrsmäßig gut erschlossen. Es gebe jedoch ein Verbesserungspotenzial: mehr, schnellere und günstigere Verbindungen. In der neuen EU-Förderperiode solle man Strategien entwickeln, um die Verkehrsanbindungen zu verbessern, da dies Impulse für die touristische Zusammenarbeit gebe. Die Touristen seien vor allem die Einwohner aus der Ostseeregion selbst und erst an zweiter Stelle Gäste aus anderen Regionen. Die zentrale Frage sei, wie man die Besonderheiten der Ostseeregion - wie den maritimen Tourismus, die Marinas und Anlegestellen, Radwege oder auch regionale Besonderheiten - in der neuen EU-Förderperiode nutzen könne und wie man es schaffe, dass die Touristen wiederkehrten.

Frau Chelkowska verwies darauf, dass die Woiwodschaft Pommern bei dem Projekt „Enjoy South Baltic“ (Genieße die südliche Ostsee) mitwirke, das die Zusammenarbeit von drei Staaten fördere. Das Projekt ziele darauf ab, die Geschäftsbeziehungen zwischen den Dienstleistern aus dem Tourismusbereich im Gebiet der südlichen Ostsee zu stärken. Ziel sei es, die Identität und das Erscheinungsbild der südlichen Ostsee zu stärken. Es solle eine engere Zusammenarbeit erreicht werden. Das Projekt habe drei Phasen: Produktentwicklung, Umsetzung und Vermarktung. Die wichtigste Phase sei die der Umsetzung. Hier suche man Dienstleister, mit denen man Produkte anbieten könne, damit das Angebot auch tatsächlich umgesetzt werde. Bei der Umsetzung der Angebote gebe es noch Defizite, sodass diese nicht als Produkte verkauft werden könnten. Viele der Produkte erreichten nicht die Kunden. Daher verfolge man den Ansatz, überregionale Angebote in Zusammenarbeit mit den Partnern zu schaffen, um die Dienstleister, die Reisebüros, mit Produkten auszustatten und sie dafür zu gewinnen, die Produkte zu vermarkten. Die Projektpartner hätten sich folgende gemeinsame Gebiete entlang der Ostseeküste ausgesucht: Kulturtourismus, Wasser-, Segel-, Meerestourismus sowie Spa- und Wellnessangebote. Pommern sei Partner bei dem Flaggschiffprojekt „Kultureerbe“. Am Ende solle ein Ratgeber, ein Handbuch, erscheinen, das an die Tourismusbranche gerichtet sei. Es solle Beschreibungen zum Ort, zum Angebot, zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten, geographische und logistische Informationen enthalten. Der Zugang zu den Informationen solle kostenlos über das Internet zur Verfügung stehen.

Es solle eine Website geben, die bereits in viele Sprachen übersetzt worden sei. Auch der neueste Web-Auftritt in Pommern solle ein Informationskompendium enthalten, das neben Museen auch Informationen zur Urlaubsplanung enthalte. Pommern wolle auch russische Gäste anziehen. Deswegen habe man in Kaliningrad auf dem Hauptplatz ein Fernrohr mit attraktiven Bildern der Region aufgestellt.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Tourismusbereich spiele eine herausragende Rolle und stelle das Kommunikationsband zwischen den Kunden und den Angeboten dar. Der Erfolg hänge von der Kooperation ab, sowohl der lokalen Behörden, der regionalen und lokalen Vereine und Tourismusverbände und der Tourismusbranche, der Dienstleister im Tourismusbereich.

Frau Sonja Göttel (Fachhochschule Westküste, International Tourism Management) referierte zum Thema „Kooperationsfähigkeit als zentraler Erfolgsfaktor für Destinationen“.

Nur durch Kooperation in Netzwerken seien Destinationen in Zukunft in der Lage, eine nachhaltige Tourismusedwicklung zu generieren, steigenden Gästeerwartungen zu entsprechen, Innovationen umzusetzen und am dynamischen globalen Markt Sichtbarkeit zu erreichen. Gerade für kleinere Unternehmen und ländliche Gebiete böten Kooperationen die Möglichkeit, Teilleistungen zu bündeln und Marken- und Imageeffekte zu realisieren. Das gleichzeitige Vorhandensein von Kooperation und Wettbewerb, wie im Tourismus oftmals üblich, schließe sich nicht länger aus, sondern werde als Erfolgsfaktor in einer Zweckbildung bewusst mit einbezogen. Die Kooperationsfähigkeit der touristischen Unternehmen und die Kooperationsdichte der Region seien entscheidende Wettbewerbsfaktoren für die zukünftige Entwicklung von Regionen. Werden Kooperationen in der Ostseeregion erfolgreich umgesetzt, entstehe eine Win-Win-Win-Situation für alle. Win für die beteiligten Unternehmen. Win für die Touristen. Win für die Regionen.

Die Ostseeregion sei auf dem Weg, eine der Vorzeigeregionen für Zusammenarbeit in Europa zu werden. Mit der Priorität Tourismus in der EU-Ostseestrategie liege ein gemeinsamer Fahrplan zur Zusammenarbeit vor. Beispiele für gemeinsam realisierte Tourismusmaßnahmen und -aktionen seien, das Baltic Sea Tourism Forum, AGORA 2.0, Enjoy South Baltic oder auch bilaterale Projekte, wie zum Beispiel das deutsch-dänische Projekt: Destination Fehmarnbelt. Kernaufgabe der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sei eine themenbezogene Profilierung. Dazu müssten sich Regionen einerseits auf ihre Kernressourcen besinnen und andererseits eine positive Abgrenzung zu anderen Destinationen vornehmen. Werden die Einwohner an diesem Prozess aktiv beteiligt, könne die Imagefindung einer Region auch zu einer gesteigerten Identifikation der Bewohner in der Region und somit zur regionalen Identitätsbildung beitragen.

Herr Jerzy Wcisła (Ermland-Masuren, Direktor des Regionalbüros Elbląg) referierte über die Gewässer als Teil des Ostseetourismus.

Er wies darauf hin, dass es in Ermland-Masuren keine vergleichbaren Marinas wie an der mittleren polnischen Küste gebe, da es an der Vernetzung fehle. Auch auf dem Lande fehlten leistungsfähige Verbindungen. Zwischen Schwerin und Kaliningrad höre die Autobahn A6 in der südlichen Ostseeregion, als Verbindung zur A 20, einfach auf.

Herr Wcisła sprach über Einzelprojekte in Polen. Ein modernes Tourismusprojekt sei die Rekonstruktion von Schlachten. Der Traum von Ermland-Masuren sei es, dass es ein Gesamtprojekt gebe: „Meeresschlachten der südlichen Ostsee“. Hier könnten eine Woche lang gemeinsame Veranstaltungen organisiert werden; beispielsweise eine Woche des Frischen Haffs, eine Woche der Danziger Bucht, eine Woche des finnischen Meeresbusens und eine Woche der pommerschen Bucht, bei der historische Schlachten thematisiert werden.

Am 10. und 11. Juli 2013 werde zum ersten Mal der Binnenschiffahrtstag in der Stadt Elbląg stattfinden. Ziel sei es, Organisationen zusammenzuführen, die im Tourismus, im Bereich der Stromgebiete und der Ostsee tätig seien. Bei diesem Schiffahrtstag sollen Themen angesprochen werden, die auch Schwerpunkte des Parlamentsforums seien. Es sei gelungen, die Segler zusammenzubringen aus Ermland-Masuren, aus Pommern, Westpommern und Kaliningrad. Es gebe einen gemeinsamen Veranstaltungskalender mit über hundert gemeinsamen Events.

Herr Damian Greś (Westpommern, Direktor der Abteilung Tourismus, Wirtschaft und Promotion) sprach über die Vermarktung der Tourismusdienstleistungen.

Die Vermarktung von Dienstleistungen sei ein Schlüsselfaktor. Als erfolgreiches Beispiel führte er die westpommersche Segler- und Bootsroute an, aus der sich eigens ein Tourismusverband entwickelt habe, dem auch Akteure aus Pommern beigetreten seien. Man müsse überlegen, in der Region der südlichen Ostsee gemeinsame „Produkte“ zu entwickeln, die anschließend vermarktet werden könnten. Mit den Geldern der neuen EU-Förderperiode sollte man neben der Infrastruktur, Fort- und Weiterbildungen die Vermarktung bzw. das Marketing fördern. Man müsse hier nicht mit der globalen Dimension beginnen. Die Bürger aus der Ostseeregion könne man relativ einfach erreichen. In der südlichen Ostseeregion gebe es bereits ausgezeichnete Produkte wie beispielsweise den Beaujolais Nouveau, die nur entsprechend auf dem Markt platziert werden müssten.

Herr Bernd Fischer (Landestourismusverband Mecklenburg-Vorpommern) sprach über ungenutzte Potenziale der Tourismusbranche im Ostseeraum.

Er wies vorab darauf hin, dass die Touristiker des Landes die Resolution des 11. Parlamentsforums zum Thema Tourismus für die südliche Ostsee ausdrücklich befürworteten. Der Tourismus sei ein maßgeblicher Impulsgeber für eine gute Zusammenarbeit im Ostseeraum und beeinflusse wie kein anderer Bereich die Zusammenarbeit mit anderen Wirtschaftsbereichen. In vielen Bereichen stehe man noch am Anfang. Man habe noch nicht alle Reserven voll ausgeschöpft.

Er beleuchtete an zwei Beispielen, wie man die Zusammenarbeit im Ostseebereich weiter vertiefen könne: die internationale Tagung zur Architektur im Seebad Heiligendamm und das Ostseetourismusforum. Es habe sich deutlich gezeigt, dass man offener für neue Ideen sein müsste. Man müsste lokale authentische Lösungen mit intelligenten Innovativen verbinden. Dann gelinge es, die Ostseeregion besser zu positionieren und als eine Destination darzustellen. Es müsse die Einmaligkeit der Ostseeregion in Europa - auch im Vergleich zum Mittelmeer - hervorgehoben und damit die Attraktivität als touristische Destination unterstrichen werden. Rings um die Ostsee sei das nötige Potenzial vorhanden. Hier verwies er auf Sopot, die Insel Usedom, Heiligendamm, Jurmala, Palanga und Swetlogorsk. Um dieses Potenzial auch in Zukunft zu nutzen, sei innovative Zusammenarbeit notwendig. Dies solle im nationalen und internationalen Austausch stattfinden. Die Ostsee sei im internationalen Wettbewerb bereits ganz gut aufgestellt. Sie werde aber nur über eine Weiterentwicklung der Qualität im internationalen Wettbewerb bestehen können. Das erfordere eine stärkere transparente internationale Zusammenarbeit bei der Information über länderübergreifende Produkte und Angebote, die man gemeinsam als Ostsee auf großen internationalen Märkten positionieren könne. Grundlage dafür sei das Ostseetourismusforum (Baltic Sea Tourism Forum), das vom 25. bis 26. September 2013 in Ostdänemark zum sechsten Mal durchgeführt werde. Wichtig sei auch die weitere Einbeziehung des Tourismus in den Förderkatalog der Europäischen Union.

Man werde sich auch weiterhin mit praktischen Fragen der Marketingkooperation beschäftigen. Es gehe um nachhaltige langfristige Programme für die Kreuzschiffahrt. Auch hier wolle man den Ansatz der Nachhaltigkeit für die Kreuzschiffahrtdestination Ostsee präsentieren. Ferner gehe es um Fahrradtourismus, um das neue Qualitätsmanagementsystem der europäischen Union, mithin die neu eingeführten EU-Sterne für Übernachtungsstätten. Hier könne sich die Ostsee sehr gut positionieren. Kerntreiber dieses Prozesses müssten die regionalen und Destinations-Marketingorganisationen sein. Es müsse gelingen, die Ergebnisse der Projektarbeit in die reguläre Arbeit der Marketingorganisationen rings um die Ostsee zu integrieren. Deshalb müsse die europäische Union die Schnittstelle zwischen den Unternehmen, den Marketingorganisationen und der Umsetzung des touristischen Marketings darstellen. Wenn man die Kooperation auf diese Weise verstetigen könnte, werde die Ostsee touristisch mit dem Mittelmeer konkurrieren können.

Herr **Michael Deckert** ergänzte, dass „Enjoy South Baltic“ gezeigt habe, dass man die Region Ostsee vermarkten und mit einem Bild eine Identifikation schaffen kann könne. Ein gemeinsames Image der Ostseeregion durchzusetzen, dauere jedoch lange.

Herr **Bernd Fischer** wies darauf hin, dass man untereinander auch im Wettbewerb stehe. Das sei allen klar. Die polnische Seite freue sich über deutsche Gäste und umgekehrt die deutsche Seite über polnische Touristen. Dennoch sei der Ansatz der, dass man sich gemeinsame Märkte aussuche, in denen man gemeinsam auftreten könne und dann zumindest ein kleines Potenzial habe. Beispiele hierfür seien Großbritannien, Nordamerika, strategisch vielleicht auch Asien. Diese Perspektive müsse in den Fokus gerückt werden, wenn man sich positionieren und nicht im Kleinen verlieren wolle. Im Kreuzschiffahrttourismus funktioniere das schon recht gut. Die Ostsee präsentiere sich in Miami gemeinschaftlich und die Ergebnisse, die in dem Bereich erzielt worden seien, sprächen dafür, dass die Ostsee durchaus schon bei vielen internationalen Gästen gut positioniert sei.

Herr **Damian Greś** fügte hinzu, dass Wettbewerb nicht Kooperation ausschließe. Gemeinsam sei man nach außen hin noch wettbewerbsfähiger. Es sei sehr richtig, den asiatischen Markt zu nennen, der in Entwicklung inbegriffen sei. Dazu gebe es noch nicht allzu viele Studien. Er denke, dass in der Ostseeregion die gleichen Belange, das gleiche Interesse, Gäste anzuziehen, Arbeitsplätze zu behalten und zu schaffen und die Region zu entwickeln, bestehen. Er sei überzeugt davon, dass man das gemeinsam schaffen könne, ohne sich zu sehr zu behindern. Er denke nicht, dass es so viele Gäste gebe, die immer nur an den gleichen Ort fahren wollten. Vielmehr gehe er davon aus, dass Touristen nach und nach immer neue Orte, unterschiedliche Destinationen, besuchen wollten. Ein gemeinsames Projekt könne vielen Menschen Chancen bieten.

Frau **Marta Chelkowska** ergänzte, dass in der Ostseeregion Angebote für Gäste aus unterschiedlichen Ländern erforderlich seien. Man könne daher ein gemeinsames Angebot machen, ob nun für asiatische, für süd- oder nordamerikanische Gäste. Dann sei man eine Tourismusdestination und könne vielleicht auch gegenüber dem Mittelmeer wettbewerbsfähig sein. Auch für Gäste aus den Nachbarländern sei man dann interessant. Durch den kleinen Grenzverkehr gebe es in Polen beispielsweise viele russische Touristen. Aus Deutschland kämen nicht nur Sentimentaltouristen nach Polen, sondern oft auch junge Menschen, die an großen Events teilnahmen und moderne Angebote wahrnahmen. Die Skandinavier suchten dagegen ein anderes Angebot und ein anderes Klima. Man solle nicht so sehr von Wettbewerb, sondern vielmehr von Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Regionen reden.

Herr **Jerzy Weisla** ergänzte, dass er Herrn Greś zustimme, dass der Tourismus im Unterschied zu vielen anderen Bereichen des Lebens die Wiederholung nicht so sehr schätze. Die Touristen wollten nicht immer den gleichen Ort besuchen, sondern immer neue Erlebnisse gewinnen. Deswegen sei es wichtig, den Touristen eine gute Infrastruktur sowie gute Randbedingungen anbieten zu können. Der heutige Tourist sei kein Globetrotter, der alles und alle Bedingungen akzeptiere. Er wolle zwar Neues erleben, aber mit der Bequemlichkeit auf dem modernsten Stand sein. 2002 habe es an den polnischen Wasserstraßen drei Marinas gegeben, in denen man das Boot hätte abstellen können, wo eine Videoüberwachung vorhanden gewesen sei und es Duschen gegeben habe. Heute seien auf den polnischen Wasserstraßen über 20 Marinas mit dieser Ausstattung vorhanden. Das Angebot richte sich nicht nur an polnische Gäste, sondern auch an Touristen aus Westeuropa, insbesondere aus Deutschland. Der Wassertourismus in Polen könne mittlerweile mit dem europäischen Niveau mithalten.

Frau **Sonja Göttel** fügte hinzu, dass es von der Qualität der Angebote und der Ideen abhängen, ob man weiter von den EU-Fördergeldern profitiere. Wenn man zusammenarbeite und gemeinsam aufträte, seien die Chancen ihrer Meinung nach sehr gut. Je enger diese Netzwerke seien, desto mehr Chancen hätten sie und desto mehr Synergieeffekte und auch Kostenvorteile ergäben sich. Dann bestünden auch bessere Chancen bei Förderanträgen oder, wenn der Tourismus nicht wörtlich in der nächsten Strategie auftauche, zumindest bessere Chancen, unter anderen Punkten zu agieren. Vielleicht sei man auch so erfolgreich, dass man die Kosten selbst tragen und auch über die Fördertöpfe hinaus gemeinsam erfolgreich zusammenarbeiten könnte.

Herr **Bernd Fischer** betonte, dass, selbst wenn es keine EU-Fördermittel für den Tourismus geben werde, es weitergehen werde. Das Ostseetourismusforum habe gezeigt, dass die Zusammenarbeit auch weiterhin funktioniere. Das Forum sei auch ohne ein EU-Projekt durchgeführt worden. Er denke, dass dies ein Beispiel dafür sei, dass, wenn die Akzeptanz bei den Unternehmen und Partnern vorhanden sei, die Projekte auch weiterliefen. Es komme zunehmend viel stärker darauf an, dass man die Projekte, die man durchführe, in die Marketingarbeit implementiere. Es sei wichtig, dass sie im Internet platziert und in die tagtägliche Arbeit einbezogen werden. Das sei seiner Meinung nach eine große Herausforderung. Er vertrete hier die Auffassung, „weniger aber besser“. Dies solle man vielleicht als touristische Strategie wählen. Es gehe nicht nur um große Zuwachszahlen. Vielmehr müssten die Erträge steigen und den Unternehmen die Grundlage bieten, existieren und investieren zu können. Und wenn das gegeben sei, würden auch sich die Unternehmen stärker für das Marketing einsetzen.

Herr **Michael Deckert** stimmte den Ausführungen zu. Es sei nicht so, dass der Tourismus zukünftig gar nicht mehr gefördert werden könne. Momentan werde er nur nicht explizit erwähnt. Es gebe aber auch - die Verhandlungen liefen noch -, Bestrebungen, den Tourismus oder die touristische Infrastruktur in die Vorgaben mit hineinzunehmen. Und auch wenn der Tourismus nicht mit aufgenommen würde, könne er trotzdem unter den drei wichtigsten Investitionsprioritäten gefördert werden - das habe er vorhin erläutert. Die Richtung sei dann eben eine andere. Das bedeute, der Tourismus müsse sich in Richtung Wettbewerbsfähigkeit, KMUs, Energieeffizienz und Innovation aufstellen. Dies seien jedoch Themen, die der Tourismus auch aus Eigeninteresse beachten sollte. Durch Innovation könne Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden.

Durch Energieeffizienz, erneuerbare Energien könnten auch längerfristig Einsparungen erzielt werden. Was die touristische Infrastruktur angehe und auch die sonstige Tourismusförderung, hänge die Förderung ganz stark davon ab, wie die operationellen Programme nun gestaltet würden, die momentan in allen Regionen in der Erarbeitung seien. Es hänge ganz stark davon ab, inwiefern und unter welchem Begriff der Tourismus in diese operationellen Programme mit aufgenommen werde. Die große Schwierigkeit sei, wie die touristische Infrastruktur, zumindest in den stärker entwickelten Regionen, jedoch auch in Übergangsregionen, zukünftig noch Fördermittel akquirieren könne.

Frau **Marta Chelkowska** fügte hinzu, dass Tourismus ein interdisziplinärer Bereich sei, der für alle Bereiche des Lebens gelte. Tourismus kenne keine Grenzen. Tourismus sei die Erfüllung von Träumen. Wenn die südliche Ostsee eine wettbewerbsfähige Region sein wolle, bedürfe es einer Marke mit Wiedererkennungseffekt. Es sei wichtig, dass die südliche Ostsee als eine moderne Region auftrete, die moderne Technologien nutze.

Herr **Damian Greś** ergänzte, dass man an der Marke „südliche Ostsee“ arbeiten müsse und diese seiner Meinung nach Wassertourismus, Spa und Wellness und die Ostsee selbst umfassen sollte. Man müsste zuerst an dieser Marke arbeiten und danach noch intensiver an deren Vermarktung. Die neuen Medien seien auch neue Vermarktungskanäle. Man könne hier mit relativ geringen Kosten werben und Menschen überzeugen, in die Region der südlichen Ostsee zu reisen.

Frau **Sonja Göttel** fügte hinzu, dass es wichtig sei, eine gemeinsame Vision zu entwickeln, wofür man stehen wolle und was die Ziele seien, in etwa „Was ist der Baltic way of life“. Das sei der Schlüssel für eine Wohlstandsregion und eine wettbewerbsfähige Region.

V. Vortrag des Präsidenten des Europäischen Parlaments

Herr **Martin Schulz (Präsident des Europäischen Parlaments)** erklärte im Rahmen einer Rede zur Vision von Europa im 21. Jahrhundert, dass die Europäische Union umfassend reformiert werden müsse. Brüssel werde als anonyme Macht angesehen, die sich in den Alltag der Menschen einmische und die europäische Idee werde von den Menschen nicht mehr mit der Europäischen Union verbunden. Darüber hinaus müsse das Subsidiaritätsprinzip ernster genommen werden. Das, was regional oder national gemacht werden könne, dürfe nicht durch die Europäische Union übernommen werden. Es sei sinnvoll, wenn die EU ein internationales Handelsabkommen schaffe und mehr Transparenz auf den Finanzmärkten durchsetze, um Steuerbetrug einzudämmen. Europa sei auch zur Bewältigung des Klimawandels notwendig. Er wies auf die Globalisierung hin, die zur Folge habe, dass sich die Gewichte in der Welt verschöben. Es gebe Regionen, in denen die Europäischen Werte nicht zählten, aber auch mit solchen Ländern stehe Europa im Wettbewerb. Deshalb sei ein Zusammenschluss Europas notwendig, um die ökonomische Kraft des reichsten Kontinents der Welt zu nutzen, um im 21. Jahrhundert die ökologischen, individuellen und sozialen Grundrechte der Europäischen Union zu verteidigen. Überall dort, wo Nationalstaaten an ihre Grenzen stießen, sei die Idee der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unschlagbar.

Anschließend diskutierte er mit Konferenzteilnehmern, Studierenden sowie Schülerinnen und Schülern über das Thema seines Vortrages.

VI. Integrierte Meerespolitik/Blue Growth

Frau **Johanna Schmidt (Generaldirektion MARE, Europäische Kommission)** erläuterte den Sachstand zum Themenkomplex „Blaues Wachstum“ in der maritimen Wirtschaft. Diese umfasse vor allem erneuerbare Energie aus dem Meer, Aquakulturen, blaue Biotechnologien, die Förderung von Rohstoffen vom Meeresboden sowie maritimen Tourismus, Küsten- und Kreuzfahrttourismus. Es müssten jene Bereiche gefördert werden, die perspektivisch aus Sicht der Nachhaltigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit das größte Potential aufwiesen. Multifunktionale Strukturen zwischen diesen Bereichen seien aufzubauen und zu nutzen. Allein die Kartierung des Meeresbodens solle bis 2020 Wirtschaftseffekte von 170 Millionen Euro bis 1,3 Milliarden Euro in anderen Bereichen der maritimen Wirtschaft erbringen. Die EU-Ostseestrategie diene der Stärkung dieses Potentials. Mit Blick auf die Förderperiode 2014 bis 2020 sei zu betonen, dass zukünftige Partnervereinbarungen mit der Ostseestrategie verbunden werden sollten. Themenfelder umfassten unter anderem: Energie auf See, Offshore-Anlagen, Umweltschutz und Schutz der Ressourcen durch nachhaltiges Küstenmanagement, Aktivitäten im Bereich der maritimen Industrie, Umweltinnovationen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, Diversifizierung der wirtschaftlichen Aktivitäten in maritimen und Küstengebieten, die Förderung der maritimen Bildung und Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung, Wirtschaftsförderung mit unterschiedlichen Finanzinstrumenten sowie Förderung der regionalen maritimen Strategien.

Herr **Dr. Reinhard Lüken (Hauptgeschäftsführer, Verband Schiffbau und Meerestechnik)** machte die europäische Dimension der integrierten Meerespolitik deutlich. Foren wie das Parlamentsforum Südliche Ostsee seien vor dem Hintergrund der Herausforderungen in der maritimen Wirtschaft von besonderer Bedeutung, da sie, wie früher die Hanse, Ausdruck eines Stücks Kerneuropas seien. Das Konzept der integrierten Meerespolitik sei ein Geschenk, was die Aufmerksamkeit auf das große Potential der Nutzung der Meere gelegt habe. Allerdings müsse neben Umweltschutz und Nachhaltigkeit auch das Thema der Planungssicherheit eine Rolle spielen. Mit Blick auf eine mögliche Verschiebung der Einführung strengerer Grenzen für Stickstoffoxide in Schiffstreibstoffen auf das Jahr 2021 forderte Dr. Lüken klare, verlässliche Regeln für die maritime Wirtschaft, um Investitionen nicht zu gefährden. Bezüglich der technischen Aufrüstung von Schiffen kritisierte er einen Bestandschutz älterer Schiffe zulasten neuer Schiffe, vor allem im Hinblick auf Sicherheitsstandards. Abschließend drückte Dr. Lüken sein Bedauern über fehlende politische Unterstützung für die maritime Wirtschaft aus. Da maritime Technologien mit hoher Komplexität verbunden seien, sei entsprechende Unterstützung für die Branche gegebenenfalls notwendig.

Herr **Dr. Martin Kruse (Abteilungsleiter „Umwelt“, Industrie- und Handelskammer zu Kiel)** betonte ebenfalls die Bedeutung des Meeres als Wachstumsmarkt. Fragen zum Küstenzonenmanagement spielten hier insbesondere eine wichtige Rolle. Allerdings gehe der entsprechende Richtlinienvorschlag der Kommission (KOM(2013) 133) inhaltlich zu weit. Dieser folge dem sogenannten Ökosystemansatz und stelle ökologische vor wirtschaftliche Interessen. Stattdessen müsse es um einen Ausgleich zwischen beiden Bereichen gehen. Dr. Kruse betonte die Notwendigkeit der länderübergreifenden Kooperation beim Küstenzonenmanagement, machte aber deutlich, dass er einen freiwilligen Ansatz seitens der Industrie bevorzuge, um zu den gewünschten Ergebnissen zu kommen. Länder wie Deutschland verfügten bereits über ein detailliertes Planungsrecht und Vorgaben seitens der EU seien teilweise nicht mit deutschem Recht kompatibel und verkomplizierten Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Behörden.

Herr **Jochen Schulte (Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied des Landtages und Maritimer Berichtstatter der Ostseeparlamentarierkonferenz)** machte in seinem Eingangstatement deutlich, dass gerade auch die Regionen bestimmte Interessen gegenüber der Europäischen Union verträten. Im Hinblick auf das Küstenzonenmanagement seien die Regionen durch Organisationen wie VASAB (Visions and Strategies around the Baltic Sea) bereits aktiv. Auch hinsichtlich der Richtlinien der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO zur Reduzierung des Schwefelanteils in Schiffstreibstoffen spielten die Regionen der Ost- und Nordsee eine gewichtige Rolle. So forderten sie unter anderem die Ausweisung weiterer europäischer Seegebiete als Emissionskontrollgebiete.

Herr **Marek Biernacki (Pommern, Vizevorsitzender des Sejmik)** gab einen einführenden Überblick über die Umsetzung des Konzepts der integrierten Meerespolitik in Pommern. Pommern habe im Jahr 2007 eine entsprechende Strategie entwickelt, diese aber bis heute nicht beschlossen. Befürchtet werde unter anderem, dass die Strategie nicht mit bestehenden EU-Regelungen kompatibel sei und somit Hindernisse für Investoren, Ansiedlungen und die Entwicklung des Tourismus und der Häfen darstellen könne. Auch Herr Biernacki thematisierte die notwendige Balance zwischen ökologischen und ökonomischen Belangen. So sei ein Großteil der polnischen Küsten Teil des Natura-2000-Gebiets. Dies erschwere die wirtschaftliche Entwicklung des maritimen Sektors in diesen Gebieten, unter anderem im Hinblick auf die Förderung von Schiefergas und Erdöl sowie die Errichtung großer Offshore-Windparks.

Herr **Dr. Reinhard Lüken** ergänzte, dass es grundsätzlich begrüßenswert sei, die maritime Raumordnung als Teil der integrierten Meerespolitik zu gestalten. Eine einheitliche europäische Raumordnung sei erforderlich, um einen Flickenteppich einzelner nationaler Regelungen zu vermeiden. Bezüglich des Ausgleichs zwischen Wirtschafts- und Umweltinteressen verwies Dr. Lüken auf den Beitrag der maritimen Wirtschaft zur Entwicklung nachhaltiger Technologien. Bestes Beispiel sei die Offshore-Windenergie. Aufgrund der globalen Wettbewerbssituation dürften hier ökologische Belange nicht vor volkswirtschaftliche Interessen gestellt werden.

Herr **Dr. Martin Kruse** unterstrich ebenfalls den Beitrag der maritimen Industrie zum Umweltschutz. Andererseits müsse bei allen umweltpolitischen Erwägungen auch berücksichtigt werden, dass die Reeder vor erhebliche Herausforderungen im Hinblick auf die ab 2015 geltenden schärferen Umweltauflagen stünden. Großzügige Übergangszeiten bei der Einführung der Umweltauflagen seien notwendig, um frühere Investitionen nicht obsolet werden zu lassen. Die Einführung schärferer Grenzwerte in den Emissionskontrollgebieten bringe außerdem die Gefahr, dass der Gütertransport vom Wasser auf Schiene und Straße verlagert werde.

Herr **Dr. Reinhard Lüken** entgegnete, dass die Entscheidung, schärfere Grenzwerte für Schwefel in den Emissionskontrollgebieten einzuführen, im Jahr 2008 einstimmig in der IMO getroffen worden sei. Damit würden ab 2015 Regeln eingeführt, die für LKW bereits seit Jahrzehnten gelten. Die Reeder hätten sich nicht ausreichend auf die Verschärfung der Schwefelgrenzwerte ab 2015 eingestellt. Befürchtungen vor einer Transportverlagerung vom Wasser aufs Land teilte Dr. Lüken nicht; die maritime Industrie sei wettbewerbsfähig genug, um dies zu verhindern.

Herr **Jochen Schulte** machte deutlich, dass ökologische Maßnahmen oft auch aus ökonomischer Sicht sinnvoll seien. Als Beispiel führte er die verpflichtende Einführung von Rauchgasentschwefelungsanlagen in den Achtzigerjahren in einigen westdeutschen Bundesländern an. Trotz eines späteren erfolgreichen Verkaufs der Technologie habe die Montanindustrie ursprünglich vor einer Einführung gewarnt. Umweltpolitische Auflagen seien oft Ausgangspunkt für technologische Innovationen und Wachstum. Im Hinblick auf die Finanzierung dürfe dies jedoch nicht automatisch zu Forderungen nach staatlichen Hilfen führen. Die Entscheidung der IMO, schärfere Grenzwerte für Schwefelemissionen einzuführen, stehe; Maßnahmen zur Erfüllung der Auflagen, wie die Nutzung von LNG als Schiffstreibstoff, müssten zügig umgesetzt werden.

Bezüglich der in Polen umgesetzten Maßnahmen erklärte Herr **Marek Biernacki**, dass sich derzeit ein LNG-Terminal in Swinemünde in Bau befinde. Außerdem werde der Danziger Hafen mit großen Investitionen in die Treibstoff- und Containerterminals ausgebaut. Hinsichtlich der strengeren Schwefelgehaltgrenzen verwies Herr Biernacki auf die langen Lebenszyklen von Schiffen und plädierte für eine längere Übergangsphase bei der Einführung der Grenzen.

Herr **Jochen Schulte** betonte, dass von Seiten der Politik dafür gesorgt sein müsse, dass die infrastrukturellen Gegebenheiten für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gegeben seien. Für den Kreuzfahrttourismus bedeute dies die Versorgung der Schiffe in den Häfen mit landseitigem Strom. Ein weiteres Beispiel seien Regelungen zur Abwasserentsorgung in den Häfen. Politik auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene sei hier gefordert. Aber gerade auch kleinere und strukturschwächere Regionen könnten von dem aktuellen Umstrukturierungsprozess in der Branche profitieren, da der Sektor viel stärker als früher auf eine gut entwickelte Zulieferindustrie angewiesen sei. Für eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen ergebe sich daher eine Chance, an der wirtschaftlichen Entwicklung teilzuhaben.

Herr **Dr. Martin Kruse** ergänzte, dass die Politik für Standards sorgen müsse, beispielsweise im Hinblick auf einheitliche Normen für das Bunkern von Flüssiggas.

Herr **Dr. Reinhard Lüken** erklärte, dass die Finanzierung emissionsarmer Technologien ein großes Problem darstelle. Reedereien könnten keine Investitionen tätigen, da sie von den Banken keine Kredite erhielten. Zwar könnten staatliche Beihilfen kein Allheilmittel sein, jedoch könne man nicht politische Ziele formulieren, ohne diese finanziell zu untersetzen. Letztlich liege die Entscheidung hierfür beim Souverän.

Auf die Frage von Frau **Angelika Beer** (Schleswig-Holstein, Mitglied des Landtages) nach der Bergung von Munitionsaltlasten entgegnete Herr **Dr. Martin Kruse**, dass eine flächendeckende Bergung nicht finanzierbar sei. Außerdem gebe es mittlerweile auch Argumente, Munitionsaltlasten nicht zu bergen.

Herr **Marek Biernacki** entgegnete auf die Folgefrage von Frau **Angelika Beer** nach der Raumplanung im Meer, dass unterschiedliche Nutzungsansprüche in Einklang gebracht werden müssten. So gebe es Schutzzonen, Schifffahrtswege, Fischereigebiete, Laichplätze und bereits raumordnerisch sichergestellte Gebiete für Windkraft und Erdölförderung. Problematisch sei, dass die Planungsstandards in den unterschiedlichen Ländern nicht einheitlich seien.

VII. Abschließende Wortbeiträge

Frau **Sylvia Bretschneider (Mecklenburg-Vorpommern, Präsidentin des Landtages)** fasste den Ablauf und die Themen des 11. Parlamentsforums zusammen. Bei der Energiepolitik hätten die Versorgungssicherheit und die Versorgungseffizienz im Mittelpunkt gestanden. Beim Tourismus sei es insbesondere um die Fragen der Kooperation und der Nachhaltigkeit gegangen. Außerdem habe die europäische Förderung im Tourismusbereich in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 eine wichtige Rolle gespielt. Bei der integrierten Meerespolitik hätten insbesondere die Bereiche Schwefelemissionen, Schiffssicherheit und maritime Raumordnung im Fokus gestanden.

Herr **Jerzy Kotłęga (Westpommern, Vizepräsident des Sejmik)** erklärte, dass es zwar noch Unterschiede bei den Entwicklungen der Regionen der Partnerparlamente gebe, er aber hoffe, dass diese immer geringer würden. Es sei beim 11. Parlamentsforum über konkrete Projekte und Programme gesprochen worden sowie über wichtige Themenbereiche. Beim Thema der Energiewirtschaft unterschieden sich Deutschland und Polen sehr. Deutschland habe den Atomausstieg beschlossen und in Polen werde eine moderne Nuklearenergiewirtschaft aufgebaut. Trotzdem gebe es den Willen zur Kooperation. Für das nächste Forum sollten ehrgeizige Ziele gesetzt werden, insbesondere sei über mögliche gemeinsame Initiativen, Programme und Projekte nachzudenken. Der Besuch durch den Präsidenten des Europaparlamentes stelle eine europäische Legitimierung des Parlamentsforums dar.

Herr **Bernd Voß (Schleswig-Holstein, Mitglied des Landtages)** betonte, bei den behandelten Themen gebe es große Überschneidungen zwischen den Partnerparlamenten. Dies sei wichtig, denn nur gemeinsam seien die Partner stark und würden bei den europäischen Institutionen in Brüssel, der HELCOM oder der Ostseeparlamentarierkonferenz gehört. Die neue Form der Programmgestaltung in Form von Podiumsdiskussionen zu den einzelnen Schwerpunktthemen habe sich sehr bewährt. Die Rede des Präsidenten des Europäischen Parlaments habe viele neue Impulse für eine parlamentarisch ausgerichtete Integration Europas gegeben. Insbesondere die aktive Teilnahme vieler junger Leute an der anschließenden Diskussion sei beeindruckend gewesen.

Herr **Marek Biernacki (Pommern, Vizevorsitzender des Sejmik)** hob hervor, dass die Resolution noch bei keinem anderen Parlamentsforum so gut vorbereitet gewesen sei. Auf seine Initiative hin sei es gelungen, den touristischen Teil der Resolution insofern zu ergänzen, dass ein Ausbau der Verkehrsverbindungen entlang der polnischen Ostseeküste erforderlich sei. Er hoffe, dass die Resolution einen Beitrag zu den hierzu stattfindenden Diskussionen in Polen leiste. Er zeigte sich beeindruckt von der Rede des Präsidenten des Europäischen Parlaments und erklärte, dass die Volkswirtschaft Polens vielleicht in Zukunft die der anderen in der EU einhole und vielleicht am Ende dieses Jahrzehnts mindestens die Hälfte der polnischen Regionen über 75 Prozent des EU-Durchschnitts stünden. Er hoffe, dass das Forum in Kaliningrad auch eine neue Öffnung darstelle. Einen visafreien Verkehr im gesamten Raum der südlichen Ostsee begrüße er sehr.

Herr **Dr. Sven Tode (Hamburg, Mitglied der Bürgerschaft)** führte aus, es sei ein neuer Stil der Zusammenarbeit erzielt worden. Konkrete Programme und Projekte würden umgesetzt. Bei den besprochenen Themengebieten könnten die Partner viel voneinander lernen. Die schnelle Erarbeitung der Abschlussresolution sei auch ein Zeichen dafür, dass eine Loyalität und ein Vertrauen erreicht sei, und dass Unterschiede zum Beispiel in der Energiepolitik akzeptiert und toleriert würden. In einem Europa der 27 Mitglieder werde es zunehmend wichtiger auch die regionalen Zusammenarbeiten, die Modellregionen und die grenzüberschreitenden Regionen zu stärken. Das Parlamentsforum eröffne die Möglichkeit, grenzüberschreitende Themen zu bestimmen.

Herr **Julian Osiecki (Ermland-Masuren, Vorsitzender des Sejmik)** erläuterte, noch nie sei das Resolutionskomitee so schnell zum Abschluss gekommen. Die Resolution enthalte wichtige Schwerpunkte für die Regionen der südlichen Ostsee. Die Woiwodschaft Ermland-Masuren freue sich sehr, dass das 12. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kaliningrad stattfinden werde und sei bereit, die Partner der Gebietsduma zu unterstützen.

Herr **Alexander Musevich (Kaliningrad, Mitglied der Oblast)** erklärte, dass sich die Gebietsduma auf die Ausrichtung des 12. Parlamentsforums freue und schon Morgen mit den Vorbereitungen dazu beginnen werde. Er bat um Vorschläge und Anregungen.

11. PARLAMENTSFORUM SÜDLICHE OSTSEE

11 FORUM PARLAMENTÓW REGIONALNYCH POŁUDNIOWEGO BAŁTYKU



Schlussresolution

Rezolucja

2. – 4. Juni 2013

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Schloss zu Schwerin

2 - 4 czerwca 2013 r.

Parlament Meklemburgii - Pomorza Przedniego

Zamek w Schwerinie, Niemcy

**Resolution
des
11. Parlamentsforums Südliche Ostsee**

2. bis 4. Juni 2013

**unter dem Vorsitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin, Deutschland**

Das 11. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat während seiner Konferenz vom 2. bis 4. Juni 2013 in Schwerin die Themen

- „Erneuerbare Energien und Ausbau der Energieinfrastruktur“,
- „Tourismus“,
- „Integrierte Meerespolitik im Sinne eines „Blauen“, das heißt maritimen Wachstums („blue growth“)
- Jugend im Ostseeraum
- Kultur.

beraten. Die Ergebnisse und Aussagen sollen unter anderem in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz (www.bspsc.net) einfließen. Das Parlamentsforum hat auf der Grundlage von Beratungen mit Sachverständigen aus allen beteiligten Regionen gemeinsame Leitlinien formuliert mit dem Ziel, die Region der südlichen Ostsee als innovativen Wachstumsraum in einem Europa der Regionen zu positionieren.

So werden auch mit der Schlussresolution des 11. Parlamentsforums Südliche Ostsee Ergebnisse und Handlungsbedarfe für die Regionalentwicklung in der südlichen Ostsee zu den Schwerpunktthemen formuliert. Adressaten sind die jeweils verantwortlichen Entscheidungsträger auf den unterschiedlichen Stufen des europäischen Mehrebenensystems. Dazu zählen im Einzelnen: Das Europäische Parlament und die EU-Kommission, Institutionen im Ostseeraum (Ostseerat, HELCOM, VASAB), Internationale Organisationen (IMO), die nationalen und regionalen Regierungen und Selbstverwaltungen ebenso wie die Partnerparlamente in der südlichen Ostsee.

Dafür sehen die beteiligten Regionen folgenden Handlungsbedarf:

I. Erneuerbare Energien und Ausbau der Energieinfrastruktur

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. sieht es als erforderlich an,
 - a) durch Investitionen in Lehre, Forschung und Entwicklung, Ausbildung sowie durch die politischen Rahmenbedingungen dafür Sorge zu tragen, dass sich der Sektor der Erneuerbaren Energien als Wirtschaftszweig auch zukünftig dynamisch entwickelt und
 - b) durch geeignete Maßnahmen das Bewusstsein der Bürger für die Umsetzung des gemeinsamen Zieles, d.h. für Energieeffizienz, die Nutzung von Erneuerbaren Energien und Energiesicherheit zu stärken;
 - c) im Hinblick auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung gleicher Voraussetzungen im Rahmen der europäischen Stromübertragung und -durchleitung zum einen so schnell wie möglich die Spannungsebenen und -techniken (Netzangleichung) zu harmonisieren sowie zum anderen die Beschleunigung des Netzausbaus voranzutreiben, so dass die Energiesicherheit in der Region verbessert ist. Dabei sollte gewährleistet werden, dass die Stromnetze, die für einen Ausbau der Erneuerbaren Energien erforderlich sind, so schnell wie möglich aufgebaut werden. Dies betrifft auch die Anbindung von Offshore-Windparks an die Stromnetze;
2. appelliert an die Regierungen auf regionaler und nationaler Ebene sowie die Europäische Kommission,
 - a) verstärkte Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung zu ermöglichen, um leistungsfähige Methoden der Energiespeicherung zu entwickeln und in den vorgesehenen Netzausbau zu integrieren. Insbesondere wird es als notwendig erachtet, in diesem Zusammenhang für den Energiebereich im neuen europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ entsprechende Mittel bereit zu stellen;
 - b) zu prüfen, wie Kommunen, Bürgerinnen und Bürger an den finanziellen Erträgen von Wind- und Solarparks sowie Biomassekraftwerken teilhaben können und wie dies in den rechtlichen Vorschriften auf eine eindeutige und verbindliche Art und Weise verankert werden kann;
 - c) eine bessere europaweite Vernetzung und den Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen auf der Grundlage intelligenter Netze (smart grid) zu beschleunigen und die Energieversorgung der Abnehmer mit notwendigen Energiequellen, wie den Erneuerbaren Energien und um den notwendigen Umbau der Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Insoweit wird der Beschluss des 10. Parlamentsforums [Ziffer 2.1 der Kieler Schlussresolution des 10. Parlamentsforums (11. – 13. März 2012)] unterstrichen;

- d) grenzüberschreitende Modellregionen für Erneuerbare Energien und intelligenter Netze (smart grid) unter anderem auch mit dem Ziel der Energiestabilität und Energiesicherheit zu entwickeln, weil die Energieversorgungssicherheit als eine wichtige Grundlage der Daseinsvorsorge zu gewährleisten und zu stabilisieren ist.. Dies dient zudem der Erfüllung europäischer, nationaler und regionaler Verpflichtungen im Bereich des Klimaschutzes u.a. wird beispielhaft auf die Absichtserklärung zum „Entwicklungskonzept der grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin“ von Ende November 2012 verwiesen;
- e) Gemeinschaftsprojekte auf europäischer Ebene insbesondere in Bezug auf die Entwicklung von lokalen Energieplänen oder auch von Bioenergiedörfern zu initiieren, zum Beispiel im Rahmen des Programms „Intelligente Energie – Europa“, mit dem Ziel, kommunale Energiestrategien zu entwickeln und Energiepartnerschaften zu begründen, weil dies große Chancen für den ländlichen Raum bietet, insbesondere im Hinblick auf Energieautarkie, Arbeitsplätze, Wertschöpfung et cetera;
- f) Beschäftigungsmöglichkeiten in ländlichen Gebieten außerhalb der Ballungsgebiete im Bereich der Erneuerbaren Energien zu stärken;
- g) den Aufbau entsprechender Kompetenzzentren für Erneuerbare Energien im ländlichen Raum zu prüfen, die insbesondere der Information und Beratung von Verbrauchern und Unternehmen dienen. Im grenzüberschreitenden Kontext sollten dazu europäische Fördermittel und Programme (wie z. B. Interreg) genutzt werden.
- h) beim Ausbau der Erneuerbaren Energien im ländlichen Raum folgende Ziele in den Vordergrund zu stellen:
- die Gewinnung von Bioenergieträgern,
 - die Optimierung der Rahmenbedingungen der lokalen Wirtschaft sowie
 - der Ausbau der dezentralen Energiewirtschaft.
- Dabei sollten, insbesondere im ländlichen Raum, auch Informationsmöglichkeiten über den Zugang von EU-Fördermitteln und von Niedrigzinskrediten angeboten werden;
- i) Die Entwicklung von Übertragungs-, Verteiler- und Messsystemen mit folgenden Maßnahmen zu verbinden:
- der Qualitätsverbesserung der Energielieferungen,
 - der Ermöglichung der Übertragung von Strom- und Wärmeenergie aus Erneuerbaren Energien,
 - der Verlustminimierung in Übertragungs- und Verteilsystemen,
 - der Optimierung der Energieeffizienz in Energiequellen und in Übertragungs- und Verteilsystemen (Steigerung des Wirkungsgrades in der Energieerzeugung und Verlustminimierung) und bei den Endverbrauchern (Reduzierung des Energieverbrauchs)
 - der Reduzierung der Kosten der Energielieferungen für Endverbraucher,
 - Schaffung von Anreizsystemen für Anbieter- und Übertragungsnetzbetreiber zur Verbesserung ihrer Energieeffizienz.

In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung der Richtlinie der Europäischen Union 2012/27/EU vom 25. Oktober 2012 über Energieeffizienz hervorgehoben, die vorsieht, dass ein intelligentes Stromnetz, das wirtschaftlich effektiv das Verhalten und Maßnahmen aller angebundener Nutzer - Erzeuger und Empfänger - integriert, als Instrument zur Verbesserung der Stromversorgungsqualität dienen kann;

- j) Maßnahmen zur Energieeinsparung sowie Energieeffizienzmaßnahmen auf allen Ebenen zu verstärken, um einerseits die Energiekosten für Unternehmen und private Haushalte sowie andererseits Schadstoffemissionen im Sinne des Klima- und Umweltschutzes zu reduzieren. Insoweit wird die Beschlusslage des Parlamentsforums Südliche Ostsee [Ziffer 2.2 der Kieler Schlussresolution des 10. Parlamentsforums (11. – 13. März 2012)] unterstrichen;
- k) die Rahmenbedingungen für die Intensivierung von Maßnahmen
 - zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden, darunter zur Umsetzung von Wärmemodernisierungsmaßnahmen
 - zur Förderung umweltgerechter Lösungen im Bereich der Wärmeversorgung bei der Beachtung der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung ,
 - zur Förderung intelligenter Wärmeversorgungssysteme.zu verbessern;
- l) Bestands- und Monitoringmassnahmen in die Wege zu leiten in Bezug auf die Daten im Bereich der Nutzung und der Kosten von Energien (Strom, darunter aus Erneuerbaren Energien, Fernwärme, Erdgas) für ein angemessenes Umwelt- und Energiemanagement im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

3. ist der Auffassung,

dass der Ausbau der Elektromobilität und die verstärkte Nutzung regenerativer Energiequellen nur auf einer gesicherten Rohstoffbasis bewältigt werden können. Vor diesem Hintergrund wird eine Verbesserung der Rohstoffeffizienz und eine stärkere Nutzung sekundärer Rohstoffe durch Recycling als notwendig angesehen, um die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Rohstoffversorgung und -wirtschaft innerhalb der Region der südlichen Ostsee zu verbessern. Dazu ist es erforderlich, die Entwicklung und Forschung von Rohstoffalternativen und Technologien für die Energie- und Rohstoff-Rückgewinnung voranzutreiben.

II. Tourismus

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. unterstreicht,

dass der Tourismus für die gemeinsame Entwicklung in der südlichen Ostsee ein wichtiger Impulsgeber ist;

2. sieht es daher als notwendig an,

alle bestehenden Potentiale für eine grenzüberschreitende Kooperation zu prüfen und zu nutzen, um die Ostseeregion insbesondere als Destination für den internationalen Tourismus durch neue Angebote und Produkte attraktiver und bekannter zu machen. Zur Bewältigung des demografischen Wandels sollte der Fokus dabei auf die Entwicklung und Vermarktung barrierefreier Angebote und Dienstleistungen gelegt werden;

3. sieht den dringenden Bedarf,

die erforderliche touristische Infrastruktur unter anderem in Bezug auf die Hafeneinrichtungen, Marinas und eine leistungsfähige Straßen- und Eisenbahnverbindung entlang der polnischen Ostseeküste bis in das Gebiet Kaliningrad sowie der Hinterlandverkehrsverbindungen weiter zu vernetzen;

4. appelliert an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union

a) in Anbetracht der Diskussionen auf europäischer Ebene die Förderung der touristischen Infrastruktur in den Förderkatalog für die neue EU-Förderperiode mit aufzunehmen und den Förderschwerpunkt „Innovation“ nicht nur auf technische Entwicklungen zu beschränken, sondern auch auf den Dienstleistungs- und Marketingbereich auszuweiten;

b) dafür Sorge zu tragen, dass Maßnahmen außerhalb der Infrastrukturerweiterung, wie etwa Schulungen und Tourismusproduktförderung, weiter gefördert werden können;

5. appelliert an die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten im Einklang mit der Resolution des 5. Ostsee-Tourismusforums vom 15. November 2012 in Rostock,

a) sich an der Entwicklung eines gemeinsamen Rahmens für die Tourismuspolitik im Ostseeraum mit Blick auf gemeinsame Ziele und Maßnahmen zu beteiligen und

b) die Etablierung einer gemeinsamen Kooperationsplattform auf transnationaler Ebene zur Förderung des Austauschs und der Entwicklung gemeinsamer Projekte zu unterstützen und hierbei das Ostsee-Tourismusforum, das auch auf Initiative des Parlamentsforums Südliche Ostsee ins Leben gerufen wurde, als zentrales Veranstaltungsformat zu verankern;

6. sieht die Schaffung verstärkter Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Ausbildung in den gastgewerblichen Berufen als erforderlich an, um im Tourismusbereich sowohl dem Fachkräftebedarf zu begegnen als auch Ausbildungs- und Berufsperspektiven für Jugendliche zu schaffen;
7. hebt erneut

die Bedeutung des Maritimen Tourismus auch für die Entwicklung der Seehäfen hervor. Insofern wird die Beschlusslage des Parlamentsforums Südliche Ostsee [Ziffer 2 der Elbinger Resolution des 8. Parlamentsforums Südliche Ostsee (vom 21. bis 23. Mai 2010)] unterstrichen.

III. Integrierte Meerespolitik - „Blaues Wachstum“

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. appelliert an die Regierungen auf regionaler und nationaler Ebene sowie die Europäische Kommission,

in Bezug auf Raumordnung und Landesplanung im Allgemeinen und maritime Raumordnung im Besonderen die grenzüberschreitenden Kontakte - unabhängig von international raumbedeutsamen Maßnahmen sowie Ansprüchen von Metropolregionen und ländlichen Regionen - auszubauen, weil dies eine gute Grundlage darstellt, unterschiedliche Nutzungsansprüche und Interessen gegeneinander abzuwägen und Nutzungskonflikte zu vermindern;
2. begrüßt in Bezug auf die Europäische Ebene
 - a) die Bemühungen der EU-Kommission für Maßnahmen, die der Entwicklung des blauen Wachstums dienen und in diesem Zusammenhang im Sinne einer modernen Industriepolitik insbesondere die EU-Initiative „LeaderShip 2020“;
 - b) den Vorschlag der Europäischen Kommission, maritime Themen in den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 verstärkt zu berücksichtigen. Zur Kommerzialisierung vorhandenen Knowhows in den oben bezeichneten Bereichen wird es außerdem als erforderlich angesehen, dass auch das mit € 86 Milliarden ausgestattete Horizont 2020-Programm der EU als Nachfolger des aktuellen Forschungsrahmenprogramms aktiviert wird.
 - c) das Konzept der Europäischen Kommission, nationale und regionale Strategien zur intelligenten Spezialisierung zu entwickeln, um eigene Wettbewerbsvorteile optimal zu nutzen, Standortvorteile zu stärken und die interregionale Zusammenarbeit zu fördern.

3. sieht es in Bezug auf die Europäische Ebene als notwendig an,
 - a) dass sich die Förderkulisse der EU grundlegend ändert. Eine wesentliche Rolle neben den sektoralen Förderprogrammen sollten Förderprogramme spielen, die so weit wie möglich einen integrativen Ansatz verfolgen(zum Beispiel Mehrfachnutzung von Offshore Windparks zur Energiegewinnung und für Aquakultur);
 - b) dass die Wahrnehmung über die maritime Wirtschaft als eine europäische Schlüsselbranche auch in küstenfernen Regionen gestärkt wird;
 - c) dass zur Sicherung der maritimen Standorte in der südlichen Ostsee Kredit-, Bürgschafts- und Förderzusagen an europäische Wertschöpfungsketten gekoppelt werden;
4. sieht als erforderlich an,
 - a) Schifffahrtsunternehmen sowie die Werften, die im globalen Wettbewerb auf Mitbewerber stoßen, die von den eigenen Staaten unterstützt werden, zu stärken;
 - b) zur Stärkung der maritimen Wirtschaft zu prüfen, ob und wenn ja, welche wirtschaftlichen Anreizsysteme für die Flottenerneuerung durch Neubau und Nachrüstung vorgesehen werden können;
 - c) die Harmonisierung der logistischen Technik und Infrastruktur auf Schiffen sowie an Land weiter zu optimieren, um Wartezeiten in den Häfen noch stärker zu verringern;
 - d) die Vernetzung zwischen Industrie, Meerestechnik, Zulieferern und Forschung unter besonderer Berücksichtigung von maritimen Clustern zu verbessern, vermehrt Systemlösungen anzubieten und die Verfügbarkeit von Finanzmitteln für Forschung und Entwicklung zu prüfen, um industrielles Knowhow und einen möglichst hohen Wertschöpfungsanteil in der südlichen Ostsee zu erhalten;
 - e) die Förderung alternativer Schiffsantriebe und -treibstoffe, wie beispielsweise von Hybridsystemen, zu verbessern und auszuweiten;
 - f) beim Aufbau beispielsweise einer Flüssiggas-(LNG)-Bunker-Infrastruktur unter Einbeziehung entsprechender Betankungsstellen in den Häfen der Ostseeregion effektiv zusammenzuarbeiten. Dies entspricht auch einer Forderung der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz im Hinblick darauf, dass der Förderung technologieoffener Lösungen zur Reduzierung von Emission und der Entwicklung internationaler Standards für die landseitige Energieversorgung durch Gas und Strom angesichts der verbindlichen Begrenzung des Schwefelanteils in Schiffstreibstoffen ab 2015 eine hohe Bedeutung zukommt;

- g) eine stärkere Integration von Studium und Ausbildung in der maritimen Wirtschaft voranzutreiben, sodass die gewerblich-technischen Ausbildungskapazitäten in den Unternehmen gestärkt werden, sowie Berufsbilder zu überprüfen und nachhaltige Personalführung und -entwicklung zu verfolgen, weil mit der Neuausrichtung der Schiffbauindustrie in der südlichen Ostsee ein strukturell bedingter erhöhter Bedarf an einer qualifizierten Fachkräfteaus- und -weiterbildung einhergeht;
- h) die regionale Zusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft zu intensivieren.

IV. Jugend im Ostseeraum

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. erkennt

die hohe Bedeutung des „Ostseesekretariates für Jugendangelegenheiten“ für die Jugendzusammenarbeit im Ostseeraum an.

2. unterstützt

seine Arbeit sowie die Durchführung eines jährlichen Ostseejugendforums und ist an einer Zusammenarbeit mit dem Ostseejugendsekretariat interessiert, um legitimierte Vertreter und Vertreterinnen der Jugend in seine Arbeit einzubinden.

3. begrüßt die Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ und hält es für erforderlich,

- a) Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Verbundausbildung zu prüfen, um die Qualität der Berufsausbildung zu verbessern, den Fachkräftenachwuchs zu sichern und die Geschäftsbeziehungen zu den Partnern in diesem Bereich zu intensivieren sowie
- b) Möglichkeiten zu prüfen, die zu einer Erhöhung und qualitativen Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität im Hochschulraum der südlichen Ostsee führen können, um den zunehmenden Fachkräftebedarf zu sichern und die Position der Absolventinnen und Absolventen als Arbeitskraft durch die steigenden Ansprüche des Arbeitsmarktes an die Beschäftigung zu stärken.

V. Kultur

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. begrüßt,

dass das Thema „Kultur und kulturelle Identität“ als neues Handlungsfeld Eingang in die EU-Ostseestrategie gefunden hat;

2. sieht es als erforderlich an,

dass für das kommende EU-INTERREG-Programm für die Ostseeregion ab 2014 Mittel für die Förderung von Projekten für diesen Bereich zur Verfügung stehen.

VI. 12. Parlamentsforum Südliche Ostsee

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- dankt der Kaliningrader Gebietsduma für die Bereitschaft, das 12. Parlamentsforum Südliche Ostsee im Jahre 2014 auszurichten.

Rezolucja

XI. Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

2 - 4 czerwca 2013 r.

pod przewodnictwem Parlamentu Meklemburgii - Pomorza Przedniego
Schwerin, Niemcy

Podczas dorocznej konferencji XI. Forum Regionalnych Parlamentów Południowego Bałtyku, która odbyła się w Schwerinie w dniach od 2 do 4 czerwca 2013 r., omówione zostały następujące tematy:

- „Energia odnawialna i rozbudowa infrastruktury energetycznej”,
- „Turystyka”,
- „Zintegrowana polityka morska w kontekście niebieskiego wzrostu (*blue growth*)”,
- „Młodzież w regionie Morza Bałtyckiego”
- „Kultura”

Rezultaty i opinie powinny zostać wykorzystane między innymi w pracach Konferencji Parlamentarnej Morza Bałtyckiego (www.bspc.net). Na podstawie debat z ekspertami ze wszystkich uczestniczących regionów – przez Forum Parlamentów zostały sformułowane wspólne wytyczne, których celem jest spozycjonowanie regionu Południowego Bałtyku jako innowacyjnego obszaru wzrostu w Europie Regionów.

Również w rezolucji końcowej XI. Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku uwzględnione zostaną rezultaty oraz niezbędne działania na rzecz rozwoju regionu Południowego Bałtyku w zakresie wybranych obszarów priorytetowych. Ich adresatami są decydenci reprezentujący różne szczeble wielopoziomowego systemu europejskiego, a mianowicie: Parlament Europejski i Komisja Europejska, instytucje w basenie Morza Bałtyckiego (Rada Państw Morza Bałtyckiego, HELCOM, VASAB, organizacje międzynarodowe (IMO), rządy krajowe i regionalne oraz samorządy terytorialne, jak i parlamenty partnerskie w regionie Południowego Bałtyku.

Zaangażowane regiony postrzegają potrzebę podjęcia działań w następujących obszarach:

V. Energia odnawialna i rozbudowa infrastruktury energetycznej

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

4. postrzega jako konieczne:

- d) zapewnienie, również w przyszłości, dynamicznego rozwoju sektora energii odnawialnej jako gałęzi gospodarki poprzez inwestycje w kształcenie, naukę, badania i rozwój, jak i stworzenie ku temu odpowiednich politycznych warunków ramowych
- e) podjęcie odpowiednich działań na rzecz kształtowania świadomości odnośnie możliwości i potrzeby włączenia się społeczeństwa w realizację wspólnego celu, jakim jest bezpieczeństwo energetyczne, poprzez rozwiązania w zakresie efektywności energetycznej i korzystania z energii odnawialnej
- f) w aspekcie wzmocnienia konkurencyjności oraz stworzenia równych warunków w ramach europejskiego przesyłu energii elektrycznej - po pierwsze jak najszybsze zharmonizowanie poziomów napięć i technologii (dostosowanie sieci energetycznych), po drugie przyspieszenie rozbudowy sieci energetycznej w takim zakresie, aby zapewniły bezpieczeństwo energetyczne regionu. Należy przy tym zapewnić, by sieci elektroenergetyczne były do dyspozycji tak szybko, jak jest to możliwe. Dotyczy to również przyłączenia farm wiatrowych na morzu (*Offshore-Windparks*) do sieci energetycznych.

5. apeluje do rządów na szczeblu regionalnym i narodowym oraz Komisji Europejskiej o:

- a) podjęcie nasilonych starań w dziedzinie badań i rozwoju w celu opracowania wydajnych sposobów magazynowania energii i zintegrowania ich z przewidzianą rozbudową sieci i systemów przesyłowych.
W związku z tym za konieczne uważa się szczególnie zapewnienie odpowiednich środków dla energetyki w nowym europejskim programie ramowym na rzecz badań i innowacji „Horyzont 2020”;
- b) zbadanie, w jaki sposób samorządy i obywatele mogą partycypować w zyskach finansowych z farm wiatrowych i solarnych oraz elektrowni na biomasę i jak uwzględnić to w przepisach prawnych w sposób jednoznaczny i wiążący;

- c) przyspieszenie budowy lepszego, obejmującego całą Europę połączenia systemem sieci elektroenergetycznych oraz zdecentralizowanych struktur zaopatrzenia w energię elektryczną na bazie inteligentnych systemów typu „smart grid”, wykorzystujących różne technologie, w tym odnawialne źródła energii (OZE) dla zapewnienia optymalnej przebudowy zaopatrzenia w energię i gwarantujących pełne bezpieczeństwo energetyczne odbiorcom. W tym zakresie podkreśla się uchwałę X Forum Parlamentów [punkt 2.1 Rezolucji z Kilonii X. Forum Parlamentów (11-13 marca 2012 r.)];
- d) rozwijanie **ponadgranicznych regionów modelowych** energii odnawialnych i inteligentnych systemów elektroenergetycznych typu „smart grid”, między innymi w celu zapewnienia i stabilizacji bezpieczeństwa energetycznego regionów, gdyż bezpieczeństwo zaopatrzenia energetycznego i stabilny system elektroenergetyczny są ważną podstawą zaspokajania potrzeb bytowych. Służy to także wypełnianiu europejskich, krajowych i regionalnych zobowiązań w dziedzinie ochrony klimatu. W związku z tym wskazuje się między innymi na deklarację zamierzeń sformułowaną w „Koncepcji rozwoju transgranicznego regionu metropolitarnego Szczecina” z końca listopada 2012 r.;
- e) zainicjowanie projektów wspólnotowych na szczeblu europejskim zwłaszcza w odniesieniu do opracowywania lokalnych planów energetycznych lub też projektów budowy wiejskich kompleksów agroenergetycznych, na przykład w ramach programu „Inteligentna energia - Europa” w celu opracowywania samorządowych strategii energetycznych i tworzenia partnerstw energetycznych, gdyż stwarza to duże szanse dla obszarów wiejskich, zwłaszcza w aspekcie samowystarczalności energetycznej, miejsc pracy, wytwarzania wartości dodanej itd.
- f) zwiększenie możliwości zatrudnienia w sektorze energii odnawialnych na pozaaglomeracyjnych obszarach wiejskich;
- g) zbadanie możliwości tworzenia odpowiednich centrów kompetencji na rzecz energii odnawialnych na obszarach wiejskich, służących przede wszystkim informowaniu i doradztwu dla konsumentów i przedsiębiorstw. W kontekście transgranicznym należy w tym celu wykorzystywać europejskie programy i środki pomocowe (np. Interreg).
- h) przy zwiększaniu udziału energii odnawialnej w bilansie energetycznym na obszarach wiejskich, wysunięcie na pierwszy plan następujących celów:
- pozyskiwanie surowców bioenergetycznych,
 - optymalizacja warunków ramowych dla lokalnej gospodarki oraz
 - rozbudowa rozproszonej energetyki.
- Należy przy tym, zwłaszcza na obszarach wiejskich, zapewnić dostęp do informacji o środkach pomocowych UE i niskooprocentowanych kredytach;

- i) połączenie rozwoju systemów przesyłowych, dystrybucyjnych i pomiarowych z następującymi działaniami:
- zapewnienie dostaw energii elektrycznej o wysokich parametrach jakościowych,
 - umożliwienie przesyłu energii elektrycznej i ciepłej wytworzonej w źródłach odnawialnych,
 - ograniczenie strat energii w systemach przesyłu i dystrybucji,
 - poprawa efektywności energetycznej w źródłach energii i systemach przesyłowych (wzrost sprawności wytwarzania i ograniczania strat) oraz u odbiorców (ograniczenie zużycia energii),
 - redukcja kosztów dostaw energii do użytkowników końcowych,
 - tworzenie systemu zachęt dla operatorów elektroenergetycznych sieci przesyłowych i dystrybucyjnych, w celu poprawy ich efektywności energetycznej.

W związku z tym podkreśla się znaczenie Dyrektywy Unii Europejskiej 2012/27/WE z dnia 25 października 2012 r. o efektywności energetycznej, która przewiduje, że inteligentna sieć energetyczna, która integruje w sposób ekonomicznie efektywne zachowanie i działania wszystkich przyłączonych użytkowników - producentów i odbiorców, służyć może jako instrument do poprawy jakości zaopatrzenia w energię elektryczną;

- j) wzmocnienie działań ukierunkowanych na oszczędność energii oraz działania w zakresie poprawy efektywności energetycznej na wszystkich szczeblach celem - z jednej strony zmniejszenia kosztów energii dla przedsiębiorstw i gospodarstw domowych, a z drugiej strony redukcji emisji substancji szkodliwych pod kątem ochrony klimatu i środowiska. W tym zakresie podkreśla się zapisy Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku [punkt 2.2 Rezolucji Końcowej z Kilonii X. Forum Parlamentów (11-13 marca 2012 r.)];
- k) poprawę warunków na rzecz intensyfikacji działań w celu:
- poprawy efektywności energetycznej budynków, w tym realizacji programów termomodernizacyjnych
 - wspierania prośrodowiskowych rozwiązań w dziedzinie zaopatrzenia w ciepło przy zachowaniu zasad zrównoważonego rozwoju,
 - tworzenia inteligentnych systemów zaopatrzenia w ciepło;
- l) podjęcie prac inwentaryzacyjnych i monitoringu w zakresie wykorzystania kosztów produkcji i dystrybucji nośników energii (energii elektrycznej, w tym OZE, energii ciepłej z sieci, gazu ziemnego) dla optymalnego zarządzania środowiskiem i energią w administracji publicznej.

6. uważa,

że rozbudowa elektromobilności i silniejsze wykorzystanie odnawialnych źródeł energii może opierać się tylko na odpowiedniej bazie surowcowej. W związku z tym jako konieczne postrzega się zwiększenie efektywności surowcowej, jak i większe wykorzystanie surowców wtórnych poprzez recykling, co pozwoli na poprawę warunków ramowych dla zrównoważonej gospodarki surowcowej w obrębie Regionu Południowego Bałtyku. W tym celu konieczne jest przyspieszenie rozwoju i badań alternatyw surowcowych i technologii służących odzyskowi energii i surowców.

VI. Turystyka

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

8. podkreśla,

że turystyka jest ważnym źródłem impulsów dla wspólnego rozwoju Południowego Bałtyku;

9. postrzega konieczność

analizy i wykorzystania wszystkich istniejących potencjałów na rzecz współpracy ponadgranicznej, w celu zwiększenia atrakcyjności i promocji regionu Morza Bałtyckiego, zwłaszcza jako destynacji w turystyce międzynarodowej, poprzez nowe oferty i produkty. W celu uporania się ze zmianami demograficznymi należy skoncentrować się na rozwoju i wdrażaniu ofert i usług „bez barier”;

10. dostrzega pilną potrzebę

dalszego rozwoju współpracującej ze sobą infrastruktury turystycznej, między innymi w odniesieniu do portów, marin, sprawnego połączenia drogowego i kolejowego wzdłuż polskiego wybrzeża do Obwodu Kaliningradzkiego oraz połączeń z zapleczem lądowym;

11. apeluje do Komisji Europejskiej, Parlamentu Europejskiego i Rady Unii Europejskiej o:

c) uwzględnienie, w obliczu dyskusji na szczeblu europejskim, wspierania infrastruktury turystycznej w katalogu programów pomocowych na nowy okres programowania UE i nieograniczanie priorytetu wsparcia „Innowacja” tylko do obszarów technologicznych, lecz rozszerzenie go również na obszar usług i marketingu;

d) umożliwienie - poza rozwojem infrastruktury - dalszego wspierania działań, takich jak szkolenia i wspieranie rozwoju i promocji produktów turystycznych;

12. apeluje do rządów państw basenu Morza Bałtyckiego w zgodzie z Rezolucją V. Forum Turystycznego Państw Bałtyckich z 15 listopada 2012 r. w Rostoku o:

- a) uczestnictwo w opracowaniu wspólnych ram polityki turystycznej w obszarze Morza Bałtyckiego, z uwzględnieniem wspólnych celów i działań oraz
- b) wsparcie inicjatywy stworzenia wspólnej platformy współpracy na szczeblu ponadnarodowym, w celu wspierania wymiany i kreowania wspólnych projektów oraz ustanowienie Forum Turystycznego Państw Bałtyckich - powołanego z inicjatywy Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku - centralną platformą wymiany i spotkań.

13. uważa za konieczne umożliwienie transgranicznego kształcenia w zawodach usługowych o specjalnościach hotelarsko-gastronomicznych, w celu zapewnienia odpowiedniej ilości kadr w tej branży oraz stworzenia perspektyw kształcenia i rozwoju zawodowego dla młodzieży w turystyce.

14. podkreśla ponownie

znaczenie turystyki morskiej, również pod kątem rozwoju portów morskich. W tym zakresie podkreśla się treść zapisów Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku [punkt 2 Rezolucji z Elbląga, VIII. Forum Parlamentów (od 21 do 23 maja 2010 r.)].

VII. Zintegrowana polityka morska - „Niebieski wzrost“

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

4. apeluje do władz na szczeblu regionalnym i narodowym oraz Komisji Europejskiej o:

rozbudowę kontaktów transgranicznych w zakresie planowania przestrzennego, a w szczególności zagospodarowania przestrzennego na obszarach morskich – niezależnie od znaczących w skali międzynarodowej przedsięwzięć w tym zakresie oraz oczekiwań regionów metropolitalnych i regionów wiejskich, co stanowi dobrą podstawę do wzajemnego wyważenia różnych konkurujących ze sobą racji i interesów oraz eliminacji potencjalnych konfliktów;

5. w odniesieniu do szczebla europejskiego przyjmuje z zadowoleniem
 - d) starania Komisji Europejskiej na rzecz działań służących „niebieskiemu wzrostowi”, a tym samym nowoczesnej polityce przemysłowej, w szczególności inicjatywę Unii Europejskiej „LeaderShip 2020”;
 - e) propozycję Komisji Europejskiej silniejszego uwzględnienia tematyki gospodarki morskiej w ramach negocjacji wieloletnich ram finansowych 2014-2020. Ponadto w celu komercjalizacji istniejącego know-how w wyżej wskazanych dziedzinach uważa się za konieczne uruchomienie programu Unii Europejskiej „Horyzont 2020”, zabezpieczonego środkami w wysokości 86 mld EUR, będącego następcą obecnego ramowego programu wspierania badań.
 - f) koncepcję Komisji Europejskiej tworzenia krajowych i regionalnych strategii nakierowanych na inteligentną specjalizację, w celu optymalnego wykorzystania przewag konkurencyjnych, wzmocnienia atutów lokalizacyjnych i wspierania współpracy międzyregionalnej.
6. w odniesieniu do szczebla europejskiego postrzega za konieczne:
 - a) zasadniczą zmianę obszarów wsparcia Unii Europejskiej. Istotną rolę - obok sektorowych programów wsparcia – powinny odgrywać programy stosujące podejście najbardziej integracyjne (np. wielofunkcyjność farm wiatrowych offshore do produkcji energii i akwakultur);
 - b) wzmocnienie świadomości postrzegania gospodarki morskiej jako europejskiej branży kluczowej, również w regionach odległych od obszarów morskich;
 - c) powiązanie udzielanych kredytów, poręczeń i wsparcia finansowego z europejskimi łańcuchami tworzenia wartości dodanej w celu zabezpieczenia środków dla gospodarki morskiej w regionie Południowego Bałtyku.
7. postrzega za konieczne:
 - i) wsparcie przedsiębiorstw żeglugowych oraz stoczni, które na globalnym rynku konkurują z podmiotami otrzymującymi wsparcie ze strony własnych rządów;
 - j) zbadanie pod kątem wsparcia gospodarki morskiej, możliwości wprowadzenia ekonomicznych systemów zachęt – jeśli tak, to jakich –, mających na celu odnowę floty poprzez budowę nowych i modernizację starych jednostek;
 - k) dalszą optymalizację i harmonizację technik logistycznych i infrastruktury na statkach, jak i na lądzie, celem jeszcze silniejszego skrócenia czasu odpraw w portach;

- l) usprawnienie i wzmocnienie sieciowych powiązań między przemysłem, inżynierią morską, poddostawcami i badaniami naukowymi, ze szczególnym uwzględnieniem roli klastrów morskich, oferowanie rozwiązań systemowych i zbadanie dostępności środków finansowych na prace badawczo-rozwojowe, celem utrzymania w regionie Południowego Bałtyku przemysłowego know-how i możliwie dużego udziału w tworzeniu wartości dodanej;
- m) usprawnienie i rozszerzenie wsparcia dla alternatywnych rodzajów napędów i paliw, jak np. systemów hybrydowych;
- n) efektywną współpracę przy tworzeniu przykładowo infrastruktury magazynów gazu płynnego LNG i stacji paliw w portach regionu Morza Bałtyckiego. Odpowiada to też jednemu z postulatów XX. Konferencji Parlamentarnej Morza Bałtyckiego w odniesieniu do dużego znaczenia wspierania rozwiązań technologicznych, umożliwiających redukcję emisji oraz wypracowania międzynarodowych standardów zaopatrzenia w gaz i energię elektryczną z ładu w obliczu wiążącego ograniczenia zawartości siarki w paliwach okrętowych od roku 2015;
- o) wspieranie silniejszej integracji studiów i kształcenia zawodowego w gospodarce morskiej – celem wzmocnienia techniczno-gospodarczych potencjałów przedsiębiorstw w dziedzinie kształcenia zawodowego, jak i wspieranie weryfikacji profili zawodowych i zrównoważonej polityki kadrowej, gdyż nowe kierunki rozwoju przemysłu stoczniowego w regionie Południowego Bałtyku powodują rosnące zapotrzebowanie na wykwalifikowane kadry oraz odpowiednie programy kształcenia w zakresie doskonalenia zawodowego;
- p) zintensyfikowanie współpracy regionalnej, ze szczególnym uwzględnieniem współpracy instytucji badawczych i gospodarki.

VIII. Młodzież w regionie Morza Bałtyckiego

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

1. podkreśla

duże znaczenie Bałtyckiego Sekretariatu ds. Młodzieży dla współpracy młodzieży w regionie Morza Bałtyckiego, wspiera jego działalność oraz organizację dorocznego Bałtyckiego Forum Młodzieży.

2. wyraża zainteresowanie

współpracą z Bałtyckim Sekretariatem ds. Młodzieży oraz włączeniem do swoich działań uprawnionych przedstawicieli młodzieży.

3. przyjmuje z zadowoleniem wiodącą inicjatywę „Młodzież w drodze”, służącą realizacji strategii „Europa 2020” i uważa za konieczne:

a) zbadanie możliwości transgranicznego partnerstwa na rzecz kształcenia zawodowego, w celu poprawy jakości edukacji zawodowej, zapewnienia młodych wykwalifikowanych kadr dla gospodarki oraz intensyfikacji kontaktów biznesowych z partnerami w tym obszarze oraz

b) zbadanie możliwości, mogących zwiększyć i poprawić pod względem jakości mobilność transgraniczną szkolnictwa wyższego w regionie Południowego Bałtyku, celem zabezpieczenia rosnących potrzeb na wykwalifikowane kadry, a także wzmocnienia pozycji absolwentów wchodzących na rynek pracy w odpowiedzi na rosnące wymagania rynku.

IX. Kultura

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

1. przyjmuje z zadowoleniem

uwzględnienie w Strategii dla Regionu Morza Bałtyckiego nowej dziedziny, jaką jest „kultura i tożsamość kulturowa”;

2. uważa za konieczne

udostępnienie w przyszłym programie unijnym „Interreg” dla Regionu Morza Bałtyckiego od 2014r. środków na wspieranie projektów z tej dziedziny.

X. XII. Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

- dziękuje Dumie Obwodu Kaliningradzkiego za gotowość zorganizowania XII. Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku w roku 2014.

Резолюция XI Форума Региональных Парламентов Южной Балтики

2- 4 июня 2013 г.

**под председательством Ландтага земли Мекленбург-Передняя Померания
Г. Шверин, Германия**

XI Форум Региональных Парламентов Южной Балтики обсуждал на конференции, проходившей со 2 по 4 июня 2013 г. в г. Шверин, нижеследующие темы:

- „Возобновляемые источники энергии и развитие энергетической инфраструктуры“,
- „Туризм“,
- „Интегрированная морская политика в духе „Голубого роста“, т.е. роста всего морского сектора („blue growth“)
- „Молодежь в регионе Южной Балтики “
- Культура

Результаты и высказывания следует включить в т.ч. в работу Парламентской Конференции Балтийского моря (www.bspc.net). Форум Региональных Парламентов сформулировал на основании дискуссий с экспертами всех участвующих регионов совместные направления с целью придать региону Южной Балтики позицию зоны роста инновационной экономики в Европе регионов.

Также заключительная резолюция XI Форума Региональных Парламентов Южной Балтики формулирует результаты и необходимые действия для развития региона Южной Балтики в области избранных приоритетных вопросов. Адресатами являются лица, ответственные за принятие решений на различных уровнях европейской многоуровневой системы, т.е. в частности: Европейский парламент и Европейская комиссия, организации в регионе Балтийского моря (Совет государств Балтийского моря, ХЕЛКОМ (HELCOM), ВАСАБ (VASAB), международные организации, национальные и региональные правительства и самоуправленческие органы, а также партнерские парламенты региона Южной Балтики.

Участвующие регионы считают необходимыми действия в следующих областях:

XI. Возобновляемые источники энергии и развитие энергетической инфраструктуры

Форум Региональных Парламентов Южной Балтики

7. считает необходимым

- g) посредством инвестиций в науку, исследования, разработки, образование, а также с помощью политических рамочных условий способствовать тому, чтобы сектор возобновляемых источников энергии как отрасль экономики развивался динамично также в будущем и
- h) с помощью соответствующих мер укреплять сознание рационального использования энергии, необходимости использования возобновляемых источников энергии и энергетической безопасности;
- i) в аспекте укрепления конкурентоспособности и создания одинаковых условий в рамках европейской передачи электроэнергии, во-первых, как можно быстрее гармонизировать уровни напряжения и техническую инфраструктуру (**унификация электросетей**), а во-вторых, ускорить **развитие электросетей** таким образом, чтобы улучшить энергетическую безопасность в регионе. При этом следует обеспечить, чтобы электросети, необходимые для развития возобновляемых источников энергии, были построены как можно скорее. Это касается также включения в электросети оффшорных ветроэнергетических парков;

8. призывает правительства на региональном и национальном уровне, а также Европейскую комиссию

- a) предпринимать более интенсивные усилия в области научных исследований и разработок с целью создания высокопроизводительных методов накопления энергии и интегрирования их с развиваемыми электросетями.
Крайне необходимым считается в этом контексте предоставление соответствующих средств для энергетики в новой европейской рамочной программе в пользу исследований и инноваций „Горизонт 2020“;
- b) исследовать, каким образом самоуправленческие органы и граждане могут участвовать в финансовой прибыли от деятельности ветровых и солнечных электростанций, а также электростанций, использующих энергию биомассы и каким образом это можно закрепить в правовых положениях в однозначном и обязательном порядке;

с) ускорить и улучшить охват сетью в общеевропейском масштабе, а также развитие децентрализованных структур энергоснабжения на базе разумных электросетей (smart grid) и обеспечить необходимые источники энергии, в т.ч. возобновляемые источники энергии, а также энергоснабжение получателей с целью обеспечения необходимой реорганизации энергоснабжения из возобновляемых источников энергии. В этом отношении подчеркивается постановление X Форума Региональных Парламентов (пункт 2.1 Заключительной резолюции X Форума Региональных Парламентов (11 – 13 марта 2012г.)) в г. Киле;

d) развивать **трансграничные модельные регионы** возобновляемых источников энергии и разумных электросетей (smart grid), также с целью развития энергетической стабилизации и энергетической безопасности, т.к. необходимо обеспечить и стабилизировать безопасность энергоснабжения как важную основу жизнеобеспечения. Кроме того это служит реализации европейских, национальных и региональных обязательств - среди прочего в области охраны климата. В этой связи указывается, например, на заявление о намерениях к „Концепции развития трансграничного метропольного региона Щецина“ от 2012 г. от конца ноября;

e) инициировать совместные проекты на европейском уровне, в особенности направленные на разработку **локальных энергетических планов, а также биоэнергетических поселков**, например в рамках программы „Разумная энергия – Европа“, с целью развития самоуправленческих энергетических стратегий и обоснования энергетических партнерств, т.к. это создает большой шанс для сельских регионов, в особенности в аспекте энергетического самообеспечения, рабочих мест, создания добавленной стоимости итд;

f) поддерживать возможности трудоустройства в сельских регионах вне агломераций в области возобновляемых источников энергии;

g) исследовать возможность создания соответствующих **Центров компетенции в поддержку возобновляемых источников энергии в сельских регионах**, служащих в особенности информированию и консультированию потребителей и предпринимателей. В трансграничном контексте следует с этой целью привлекать европейские субсидии и программы (например Интеррег).

h) выдвинуть на первый план при развитии возобновляемых источников энергии в сельских регионах следующие цели:

- привлечение биоэнергонасителей,
- оптимизация рамочных условий локальной экономики, а также
- развитие децентрализованной энергетики.

При этом следует, в особенности в сельских регионах, предлагать также информирование о возможности получения субсидий ЕС и низкопроцентных кредитов;

i) совокупить развитие систем передачи, распределения и измерения со следующими мерами:

- улучшение качества энергоснабжения,
 - предоставление возможности передачи электро- и теплоэнергии из возобновляемых источников,
 - минимизация потерь в системах передачи и распределения,
 - оптимизация энергоэффективности в источниках энергии и в системах передачи и распределения (повышение коэффициента полезного действия в энергопроизводстве и минимизация потерь), а также у конечных энергопотребителей (редукция конечного энергопотребления)
 - редукция затрат при поставках энергии конечным энергопотребителям,
- создание систем поощрения для операторов сетей энергопередачи с целью улучшения их энергоэффективности.

В этой связи подчеркивается значение директивы Европейского Союза 2012/27/ЕС от 25 октября 2012 г. о энергетической эффективности, которая предусматривает, что разумная электросеть, интегрирующая экономически эффективным образом поведение и действия всех взаимосвязанных пользователей – производителей и получателей, может служить в качестве инструмента улучшения качества энергоснабжения;

j) интенсифицировать меры по **энергосбережению**, а также **меры по энергетической эффективности** на всех уровнях с целью уменьшения, с одной стороны, энергозатрат предприятий и домашних хозяйств, а также, с другой стороны, выброса вредных веществ в духе охраны климата и окружающей среды. В этом отношении подчеркивается постановление Форума Региональных Парламентов (пункт 2.2 Заключительной резолюции X Форума Региональных Парламентов (11 – 13 марта 2012г.)) в г. Киль;

k) улучшать рамочные условия для интенсификации мер по

- повышению энергетической эффективности зданий, в том числе с целью реализации мер по термомодернизации
- поддержке экологически сбалансированных решений в области теплообеспечения при соблюдении принципов устойчивого развития
- поддержке разумных систем теплоснабжения;

l) начать проводить меры по учету и мониторингу по отношению к данным в области использования и затрат по энергии (электроэнергии, в том числе из возобновляемых источников, тепла от системы централизованного теплоснабжения, природного газа), с целью создания адекватного управления окружающей средой и энергией в сфере общественной администрации.

9. придерживается мнения,

что развитие электромобильности и усиленное использование возобновляемых источников энергии могут быть увенчаны успехом лишь на обеспеченной сырьевой базе. В этом контексте необходимым считается повышение эффективности использования сырья и более интенсивное использование вторичного сырья с помощью рециклинга с целью улучшения рамочных условий устойчивого сырьевого обеспечения и уравновешенной сырьевой промышленности в регионе Южной Балтики. С этой целью необходимо ускорение реализации разработок и исследований в области сырьевых и технологических альтернатив, служащих вторичному использованию энергии и сырья.

XII. Туризм

Форум Региональных Парламентов Южной Балтики

15. подчеркивает,

что туризм является важным источником стимулов для совместного развития в т.ч. для развития экономики и общества в регионе Южной Балтики; туризм способствует развитию обмена и тем самым европейской мысли.

16. и потому считает необходимым,

исследовать и использовать весь существующий потенциал в области трансграничного сотрудничества, с целью превращения региона Балтийского моря, в особенности в качестве конечного пункта, в привлекательное и известное место международного туризма благодаря новым предложениям и продуктам. С целью разрешения проблем, связанных с демографическими изменениями, следует сконцентрировать внимание на разработке и продвижении безбарьерных предложений и услуг; вначале необходимо сконцентрироваться на нескольких отдельных пилотных проектах

17. видит острую потребность,

дальнейшего развития сети взаимосвязанной необходимой туристической инфраструктуры, в том числе по отношению к портовым сооружениям, маринам и созданию сети эффективного дорожного и железнодорожного сообщения вдоль польского побережья до Калининградской области, а также сообщений с удаленными от берегов районами;

18. призывает Европейскую комиссию, Европейский парламент и Совет Европейского Союза

- e) принимая во внимание дискуссии на европейском уровне, включить в каталог субсидий на новый финансовый период поддержку туристической инфраструктуры и не ограничивать приоритет „Инновационность“ лишь до технических разработок, а напротив, расширить его также на область услуг и маркетинга;
- f) способствовать дальнейшей поддержке действий, находящихся вне развития инфраструктуры, таких как обучение и поддержка туристических услуг;

19. призывает правительства государств региона Балтийского моря в согласии с Декларацией V Туристического форума стран Балтийского моря от 15 ноября 2012 г. проходившего в г. Росток

- a) подключиться к разработке совместных рамок политики туризма в регионе Балтийского моря в контексте совместных целей и действий, а также
- b) поддержать создание и развитие совместной платформы по сотрудничеству на транснациональном уровне с целью поддержки обмена и разработки совместных проектов и установить при этом Туристический форум стран Балтийского моря, который был учрежден также по инициативе Форума Региональных Парламентов Южной Балтики, в качестве центрального мероприятия;

20. считает необходимым создать более широкие возможности трансграничного обмена опытом между учениками, получающими профессиональное образование и молодыми кадрами, а также трансграничного образования по профессиям, связанным с гастрономией, с целью обеспечения квалифицированных кадров в области туризма, а также создания для молодежи перспектив получения образования и работы в этой сфере.

21. вновь подчёркивает

значение морского туризма также для развития морских портов. В этом отношении подчеркивается постановление Форума Региональных Парламентов Южной Балтики (пункт 2. Резолюции VIII Форума Региональных Парламентов (21 – 23 мая 2010г.)) в г. Эльблонг.

XIII. Интегрированная морская политика – „Голубой рост“

Форум Региональных Парламентов Южной Балтики

8. призывает правительства на региональном и национальном уровне, а также Европейскую комиссию,

интенсивировать – независимо от действий, пространственно значимых в международном масштабе, а также ожиданий метропольных и сельских регионов – трансграничные контакты по отношению к территориальному развитию и планированию в общем и морскому территориальному планированию в частности, т.к. это является хорошей основой для создания равновесия различного видения функций и интересов и ослабления конфликтов;

2. одобряет по отношению к европейскому уровню

- g) усилия Европейской комиссии в пользу действий, направленных на развитие Голубого роста и в этой связи в духе современной политики в области промышленности, а в особенности инициативу ЕС „LeaderShip 2020“;
- h) предложение Европейской комиссии по более интенсивному принятию во внимание вопроса морского хозяйства в переговорах на тему долголетних финансовых рамок на 2014-2020 гг. С целью коммерциализации существующего ноу-хау в вышеназванных областях считается кроме того необходимой активизация также программы ЕС «Горизонт 2020», составляющей 86 млрд. евро, которая непосредственно следует за настоящей рамочной программой по поддержке научных исследований.
- i) концепцию Европейской комиссии развития национальных и региональных стратегий, направленных на разумную специализацию с целью оптимального использования собственных конкурентных преимуществ, укрепления преимуществ данного предпринимательского места и поддержки интеррегионального сотрудничества.

3. считает по отношению к европейскому уровню необходимым

введение принципиальных изменений областей финансовой поддержки ЕС. Существенную роль наряду с секторными программами финансовой поддержки должны играть программы финансовой поддержки, применяющие настолько широко, насколько возможно, интегративный подход (например многофункциональность оффшорных ветроэнергетических парков с целью производства энергии и аквакультур);

b) укрепление восприятия морского хозяйства как ключевой европейской отрасли, также в отдаленных от берегов регионах;

c) связывание предоставляемых кредитов, поручительств и дотаций с европейскими цепочками, создающими добавленную стоимость с целью обеспечения предпринимательских мест в сфере морского хозяйства в регионе Южной Балтики;

4. считает необходимым

q) укрепление судостроительных предприятий, а также судостроительных верфей, которые в глобальной конкуренции вынуждены конкурировать с субъектами, получающими поддержку от своих государств;

r) с целью укрепления морского хозяйства проведение проверки, возможно ли создание систем экономических стимулов и, если возможно, то каких, для обновления флота с помощью строительства новых и модернизации старых судов;

s) осуществление дальнейшей оптимизации гармонизации логистической техники и инфраструктуры на судах, а также на суше, с целью еще большего сокращения сроков ожидания в портах;

t) улучшение создания сетевых связей между промышленными кругами, морской техникой, поставщиками и областью научных исследований, с особым вниманием к морским кластерам, интенсификацию предложений по системным решениям и проведение исследований в области доступности финансовых средств на научные исследования и разработки с целью удержания в регионе Южной Балтики промышленного ноу-хау и по возможности наиболее крупных цепочек, создающих добавленную стоимость;

u) улучшение и расширение поддержки альтернативных судовых силовых установок и видов топлива, как например гибридные системы;

- v) эффективное сотрудничество при создании, например, инфраструктуры бункеровки природного сжиженного газа (LNG) с привлечением соответствующих заправочных пунктов в портах региона Балтийского моря. Это соответствует также требованию XX Парламентской Конференции Балтийского моря по отношению к приданию большего значения поддержке технологических решений с целью сокращения выбросов и разработке международных стандартов газо- и энергоснабжения с суши с учетом обязательного характера ограничения содержания серы в топливе для судов с 2015 года;
- w) ускорение более интенсивной интеграции высшего и профессионального обучения в области морского хозяйства, с целью укрепления технических и экономических возможностей профессионального обучения на предприятиях, а также осуществление проверки характеристики профессий и обеспечение устойчивого развития кадров, т.к. новые направления судостроительной промышленности в регионе Южной Балтики связаны со структурно обусловленной повышенной потребностью в обучении квалифицированных кадров и повышении их квалификаций;
- x) осуществление интенсификации регионального сотрудничества с особым учетом сотрудничества между научно-исследовательскими центрами и экономикой.

XIV. Молодежь в регионе Южной Балтики

Форум Региональных Парламентов Южной Балтики

4. признает большое значение „Балтийского секретариата по делам молодежи“ для сотрудничества молодежи в регионе Балтийского моря, поддерживает его работу, а также проведение ежегодного Форума балтийской молодежи и заинтересован в сотрудничестве с Балтийским секретариатом по делам молодежи, с целью включения уполномоченных представителей молодежи в свою работу.

2. одобряет ведущий проект „ Молодежь в движении“, который служит реализации стратегии „Европа 2020“ и считает необходимым,

- a) исследовать возможности, ведущие к повышению и качественному улучшению трансграничной мобильности в области высшего образования в регионе Южной Балтики с целью обеспечения возрастающих потребностей по отношению к квалифицированным кадрам и укрепления позиции выпускников в качестве трудовых ресурсов в связи с возрастающими требованиями рынка труда по отношению к работникам;
- b) исследовать возможности трансграничного профессионального образования в тесной связи с предприятиями с целью улучшения качества профессионального образования, обеспечения квалифицированных кадров и укрепления деловых контактов с партнерами в этой сфере;

XV. Культура

1. Форум Региональных Парламентов Южной Балтики принимает с одобрением факт, что тема „Культура и культурное тождество“ вошла в стратегию ЕС по Балтийскому морю как новое поле действия;

2. считает необходимым предоставление в будущей программе ЕС ИНТЕРРЕГ для региона Южной Балтики с 2014 г. средств на поддержку проектов в этой области.

VI. 12. Форум Региональных Парламентов Южной Балтики

Форум Региональных Парламентов Южной Балтики

- выражает свою благодарность Калининградской Областной Думе за готовность, проведения XII Форума Региональных Парламентов Южной Балтики в 2014 г.

Marek Piernicki

Sejmik Województwa Pomern
Sejmik Województwa Pomorskiego

Sylvia Beck

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Parlament Meklemburgii-Pomorza
Przedniego

Jens Stolby

Sejmik Województwa Westpommern
Sejmik Województwa
Zachodniopomorskiego

Andreas Sott

Landtag Schleswig-Holstein
Parlament Szelezwika-Holsztynu

Julian Osiński

Sejmik Województwa Ermland-Masuren

Sejmik Województwa Warmińsko-
Mazurskiego

Ann Tally

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt
Hamburg

Rada Wolnego i Hanzeatycznego Miasta
Hamburg

Kaliningrader Gebietsduma
Duma Obwodu Kaliningradzkiego

Oliver

XI. Southern Baltic Sea Parliamentary Forum



Schwerin, 4 June 2013

Joint letter to those who are involved in the programming of the operational programs for European Territorial Cooperation in the Baltic Sea Region

We – the Heads of Delegation from the Parliaments of Mecklenburg-Western Pomerania, Schleswig-Holstein, Hamburg, Warmia Masuria, Pomerania, Western Pomerania and Kaliningrad – address you in the context of the XI. Parliamentary Forum Southern Baltic Sea from June 2nd - 4th 2013 in Schwerin.

The XI. Parliamentary Forum thoroughly discussed the issue of tourism cooperation and development in the Baltic Sea region and unanimously adopted a resolution which we attach to this letter.

In this resolution we stress the need to secure an appropriate level of funding in the field of tourism in the EU programming period 2014-2020.

Against this background we call upon you to follow and support our recommendation to secure that tourism will be eligible for funding in the European Territorial Cooperation programs even though it is not explicitly mentioned in the priorities proposed by the European Commission.

Kind regards

XI. Parlamentsforum Südliche Ostsee



Schwerin, 4. Juni 2013

Gemeinsamer Brief an die im Rahmen der Erarbeitung der Operationellen Programme für die Europäische Territoriale Kooperation Einbezogenen im Ostseeraum

Wir – die Delegationsleiterinnen und Delegationsleiter der Delegationen der Landtage Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, der Sejmiks der Woiwodschaften Ermland-Masuren, Pommern, Westpommern und der Gebietsduma Kaliningrad - wenden uns an Sie im Zusammenhang mit dem XI. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 2.-4. Juni 2013 .

Das XI. Parlamentsforum diskutierte vertieft unter anderem den Themenkomplex der Entwicklung und Zusammenarbeit im Bereich Tourismus und verständigte sich einvernehmlich auf eine gemeinsame Resolution, die diesem Brief beiliegt.

In der Resolution wird das Bedürfnis betont, eine angemessene Förderung im Tourismusbereich in der EU Förderperiode 2014 bis 2020 sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund rufen wir Sie dazu auf, unserer Empfehlung nachzukommen, sie zu unterstützen und sicherzustellen, dass Tourismus in der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit förderfähig wird, obwohl es nicht ausdrücklich in den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Prioritäten erwähnt wird.

Mit freundlichen Grüßen

XI FORUM REGIONALNYCH PARLAMENTÓW POŁUDNIOWEGO BAŁTYKU



Schwerin, 4 czerwca 2013

List wspólny adresowany do wszystkich zaangażowanych w przygotowanie i realizację Programów Operacyjnych w ramach Europejskiej Współpracy Terytorialnej

My, przewodniczący delegacji parlamentów regionalnych Meklemburgii Pomorza Przedniego, Szlezwika Holsztynu, Hamburga, Warmii i Mazur, Pomorskiego, Zachodniopomorskiego i Obwodu Kaliningradzkiego, w związku z obradami 11 Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtykum, zwracamy się do Państwa z poniższym listem:

Podczas 11 Forum Parlamentów prowadzono pogłębioną, kompleksową dyskusję nad tematami dotyczącymi rozwoju i współpracy w obszarze turystyki. Efektem tej dyskusji jest podpisana wspólna rezolucja, stanowiąca załącznik do niniejszego listu.

W rezolucji podkreślono pilną potrzebę zapewnienia odpowiedniego poziomu finansowania w obszarze turystyki w okresie programowania 2014-2020.

Z tego powodu wnioskujemy o wsparcie naszych rekomendacji, zawartych w rezolucji tak, aby pomimo nieuwzględnienia turystyki w priorytetach wsparcia zaproponowanych przez Komisję Europejską, utrzymać wsparcie dla tego obszaru w ramach Europejskiej Współpracy Terytorialnej.

Marek Piernicki

Sejmik Wojewodschaft Pommern
Sejmik Województwa Pomorskiego

Sylvia Beck

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Parlament Meklemburgii-Pomorza
Przedniego

Jens Stolby

Sejmik Wojewodschaft Westpommern
Sejmik Województwa
Zachodniopomorskiego

Andreas Sott

Landtag Schleswig-Holstein
Parlament Szelezwika-Holsztynu

Julian Osiński

Sejmik Wojewodschaft Ermland-Masuren

Sejmik Województwa Warmińsko-
Mazurskiego

Ulrich Tally

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt
Hamburg

Rada Wolnego i Hanzeatycznego Miasta
Hamburg

Kaliningrader Gebietsduma
Duma Obwodu Kaliningradzkiego

Omar

Anlage 3

JOHANNES HAHN
MITGLIED DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Brüssel, den 10. Juli 2013

Ares (save no)2725738

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

vielen Dank für Ihren Brief an Präsident Barroso, der mich gebeten hat, Ihnen an seiner Stelle zu antworten.

Zunächst danke ich Ihnen sehr herzlich für das Engagement der Regionalparlamente in vielen Wirtschafts- und sozialpolitischen Themenfeldern in der Ostseeregion. Ich versichere Ihnen, dass ich Ihre Sorge in Bezug auf die Förderung der touristischen Infrastruktur zur Kenntnis genommen habe.

In den derzeitigen Trilogverhandlungen über die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für die nächste Förderperiode 2014-2020 haben der Europäische Rat, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission sich auf Folgendes geeinigt: um ihren Beitrag zu Erreichung des Ziels eines beschäftigungsfreundlichem Wachstums zu maximieren, sollen Maßnahmen, die nachhaltigen Tourismus, Kultur und das Naturerbe fördern, Bestandteil einer territorialen Strategie für bestimmte Gebiete sein. Die Entwicklung und die strukturelle Anpassung von Industrieregionen mit rückläufiger Entwicklung soll ebenfalls in diese Strategien integriert werden. Die Förderung solcher Maßnahmen sollte ebenfalls einen Beitrag leisten zur Stärkung von Innovation und der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, zur Unterstützung von KMU, zur Förderung von Umwelt und Ressourceneffizienz oder von sozialer Inklusion.

Aus diesem Grund wird Tourismusförderung auch in der nächsten Förderperiode möglich sein. Dennoch besteht Bedarf für eine stärkere Verknüpfung mit den Zielen und Prioritäten der Europa2020-Strategie. Tourismus ist kein eigenes thematisches Ziel im eigentlichen Sinn, sondern vielmehr eine Maßnahme, die gefördert werden kann, vorausgesetzt, dass diese zu Zielen wie Schaffung von Arbeitsplätzen, soziale Inklusion oder Innovation beiträgt. Dieser Ansatz wurde nicht spezifisch für Tourismus entwickelt, sondern gliedert sich ein in das Ziel der stärkeren Ergebnisorientierung.

Ich bin davon überzeugt, dass Ihnen diese Interpretation genug Spielraum lässt, gute Projekte aus dem Tourismusbereich in der Ostseeregion entsprechend zu finanzieren, sowohl in den länderspezifischen wie auch in den Programmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit.

Frau Sylvia Bretschneider
Präsidentin des Landtages
Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin

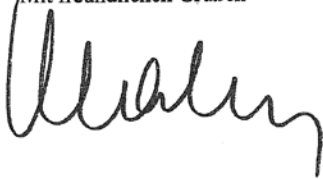
Handwritten notes:
1. Fr. Präs. z. h. P. 277
2. Herrn L z. h. u. d. B. u. J. H. u. V.
02.08.13
3031 als.

Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Präsidialbüro
23. Juli 2013
Post-Eingangsnummer: 1317
Sekretärin: Jek

Handwritten notes:
i. V. Ja 2317 PAS / J. S.

Ich möchte Sie an dieser Stelle ausdrücklich dazu ermutigen, Ihre Kooperation und die Koordination Ihrer geplanten Aktivitäten zu intensivieren, insbesondere im Rahmen der Europäischen Strategie für den Ostseeraum, die ohnehin wichtige Maßnahmen im Tourismus unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'U. Hahn', written in a cursive style.